

Inhalt

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Vermietung von Ferienwohnungen	289
Begriff der „Betriebskosten“ und Transparenzgebot (BGH)	290
Vorkaufsrecht bei fehlender Finanzierungsvollmacht (LG Berlin)	290
Trinkwasseruntersuchung und wohnungsbezogene Kostenverteilung (LG Saarbrücken)	291
Änderungen im Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz 2016	291

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Familienselbstbehalt bei Elternunterhalt nur für Verheiratete (BGH)	292
Vollstreckung einer ausländischen eA bei Herausgabe eines Kindes (BGH)	292
Unbilligkeit im Versorgungsausgleich bei ausländischen Anrechten (KG)	293
Erlösverteilung nach Teilungsversteigerung und Gegenansprüche (OLG Stuttgart)	293
Ausgleichsansprüche zwischen nichtehelichen Lebensgefährten (OLG Brandenburg)	294

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth</i> , Klippen bei der Einleitung der Teilungsversteigerung	295
Nachlassgericht an zivilgerichtliches Feststellungsurteil gebunden (OLG München)	296
Kein Erbschaftsteuerabzug hinterzogener Steuern ohne Festsetzung (BFH)	296

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

Gehörsverletzung bei unfallbedingter Verletzung (BGH)	297
Nebenvertragliche Pflichten bei Annahme eines Werkstattauftrags (OLG Saarbrücken)	297
Unfall mit einem Einsatzfahrzeug der Polizei (OLG Frankfurt a. M.)	298
Abgasskandal und Rücktritt vom Kaufvertrag (LG Bochum)	299

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>S. Weise</i> , Vom nicht ersparten Wagnis	300
Prüfingenieur für Baustatik übt kein öffentliches Amt aus (BGH)	301
Mängelbeseitigung im Stundenlohn – Vorlage der Einsatzberichte nötig (OLG Köln)	301
Haftung des Architekten bei Überzahlung des Bauunternehmers (OLG Frankfurt a. M.)	302
Kein Schadensersatzanspruch trotz Verstoß gegen DIN-Norm (OLG Dresden)	302

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuring und Daniel Rubner

Haftung des Direktors einer Limited nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit (BGH)	303
Förmliche Feststellung von GmbH-Gesellschafterbeschlüssen (BGH)	303
Mitbestimmter Aufsichtsrat bei Zwischenholding (KG)	305
Nichtigkeit des Beschlusses einer Jagdgenossenschaft (VGH Kassel)	305

Arbeitsrecht

Von Marcel Grobys und Robert von Steinau-Steinrück

R. von Steinau-Steinrück, Sozialversicherung für Unternehmensleiter 306
 Abfindungen bei beurlaubten Beamten und Klageverzichtsprämie (BAG) 307
 Wahrung einer tariflichen Ausschlussfrist (BAG) 308
 Klageanträge bei überflüssiger Änderungskündigung (BAG) 308

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Keine Neuverbindlichkeiten wegen Nichterfüllungswahl des Verwalters (BGH) 309
 Zahlungseinstellung als Indiz (BGH) 309
 Reichweite des Verwalter-Vergleichs mit Gesellschaftern der Schuldnerin (BGH) 310
 Gläubigerbenachteiligung und Grundstückserwerb mit Treuhandmitteln (BGH) 311

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

M. Schlund, Korruption im Gesundheitswesen 312
 Neues BKA-Gesetz teilweise verfassungswidrig (BVerfG) 313
 Abstinenzanweisung an Suchtkranken (BVerfG) 313
 Kreditfinanzierte Kautions eines Eigenhinterlegers (BGH) 314
 Gesetzentwurf zum Sportwettbetrug 314

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Keine Verwirkung des Kostenerstattungsanspruchs (OLG Koblenz) 315
 Kostenerstattung: Unentschuldigtes Ausbleiben des Freigesprochenen (AG Berlin-Tiergarten) 315
 Verfahrenswert eines steckengebliebenen Stufenantrags (OLG Frankfurt a. M.) 316
 Ersatz der Aktenversendungspauschale auch bei Beratungshilfe (AG Meldorf) 316
 Anrechnung der sozialrechtlichen Geschäftsgebühr in Übergangsfällen (SG Hannover) 317

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

C. Dahns, Die Verschwiegenheitspflicht des Kammervorstands 318
 Erfahrungen im Anwaltsberuf als Voraussetzung für eine Notarstelle (BGH) 319
 Umfrage zu Mitarbeitern in Anwaltskanzleien 319

ISSN 1613-4621

NJW Spezial

Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:

Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49. E-Mail: njw@beck-frankfurt.de Internet: www.njw.de

Redaktion:

Rechtsanwältin *Nathalie Dennier* (Verkehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg* (Insolvenzrecht); Rechts-

anwältin *Antje Glinski* (Anwalt und Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth* (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas Kappus* (Miet- und Immobilienrecht); Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lönker* (Erbrecht und Schlussredaktion); Rechtsanwältin *Esther Noske*, LL.M. (Verfahrens- und Kostenrecht sowie Koordination); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Achim Schunder* (Arbeitsrecht); Rechtsanwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch* (Strafrecht); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Martin Weber* (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt

auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise:

Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2016:

Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist im Bezugspreis von NJW enthalten. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Windfeld 15, 83714 Miesbach.

INHALT

Aufsätze

Frank Rosenkranz

Das Umsetzungsgesetz zur Wohnimmobilienkreditrichtlinie und die verbundenen Verträge 1473

Mit der Umsetzung der Richtlinie über Wohnimmobilienkredite wurden auch die Regelungen für Koppelungsgeschäfte modifiziert und bei dieser Gelegenheit die umstrittenen „Null-Prozent-Finanzierungen“ dem entgeltlichen Darlehensrecht unterstellt. Der Autor stellt die Änderungen dar und zeigt problematische Auswirkungen auf.

Jürgen Jahnke / Irina Vatter

Das sozialrechtliche Angehörigenprivileg beim Arbeitsunfall im Familienkreis 1477

Vor Arbeitsunfällen sind auch Angehörige nicht gefeit, die etwa im elterlichen Betrieb mithelfen. Komplex zu bestimmen ist dann, ob der leistungspflichtige Sozialversicherungsträger bei Schädigungen durch Angehörige Regress nehmen kann. Die Autoren legen dies im Detail dar und plädieren für den Vorrang des Angehörigenprivilegs.

Stephan Schulz

Informelle Abstimmungen mit dem Handelsregister 1483

Kapitalerhöhungen und andere Transaktionen sind registerpflichtig. Hohe wirtschaftliche Relevanz und enge Zeitpläne lassen vorherige Abstimmungen mit dem Registergericht sinnvoll erscheinen; einige Gerichte lehnen dies indes ab. Der Autor beleuchtet, in welchem Rahmen Abstimmungen mit dem Registergericht zulässig sind.

Zur Rechtsprechung

Martin Löhnig

Das Unterhaltsrecht der faktischen Partnerschaft 1487
(BGH, NJW 2016, 1511)

Bericht

Günter Bauer

Entwicklung bei den Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung bis Anfang 2016 1490

Jan Byok

Die Entwicklung des Vergaberechts seit 2015 1494

Forum

Benno Heussen

Analogie ist unlogisch – Die Funktion der Gefühle bei der Rechtsgewinnung 1500

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Rubrikenmarkt	25
Private Gesetzgebung durch TTIP? K. v. Frankenberg		Lückenhaftes Sexualstrafrecht? A. Stevens		web.report	28
Agenda	6	Forum	15	Stellenmarkt	29
Meldungen / Kolumne	7	Tatprovokation durch Lockspitzel S. Tausch		Beck'sche Zeitschriften	34
Gesetzgebung	8	Haftungsseite	16	Buchhinweise	36
Rechtsprechung in Kürze	8	Verstoßzeitpunkt in der Berufshaftpflichtversicherung M. Brügge		Personalien	38
Entscheidung der Woche	9	Wissenschaft & Hochschule	17	Heftvorschau/Impressum	40
		Bedingt wettbewerbsfähig? C. Wolf			

INHALT



Rechtsprechung

Verfassungsgerichte

BVerfG 10.11.15 – 1 BvR 2056/12
Anspruch auf Versorgung mit Medizinprodukten 1505

Zivilgerichte

BGH 03.11.15 – X ZR 122/13
Bemessung der Stornopauschale beim Reisevertrag
(Anm. H. Hopperdietzel) 1508

BGH 09.03.16 – XII ZB 693/14
Abzug von Betreuungsunterhalt bei Ermittlung der Leistungsfähigkeit für Elternunterhalt 1511

BGH 03.02.16 – XII ZB 425/14
Anordnung einer Betreuung trotz erteilter Vorsorgevollmacht 1514

BGH 03.02.16 – XII ZB 454/15, XII ZB 307/15
Betreuung zur Grundstücksveräußerung bei privatschriftlicher Vorsorgevollmacht 1516

BGH 24.02.16 – IV ZR 342/15
Erwerb eines in den Nachlass fallenden Miteigentumsanteils durch Testamentsvollstrecker (Ls.) 1517

BGH 22.12.15 – VI ZR 79/15
Heilung von Zustellungsmängeln – Einfache statt beglaubigte Abschrift der Klage (Anm. L. Böttcher) 1517

BGH 25.02.16 – IX ZB 61/15
Kein Rechtsmittel des Antragsgegners bei Rechtswegverweisung im Pkh-Verfahren 1520

OLG Karlsruhe 07.01.16 – 20 WF 209/15
Umgangsrechtsantrag ohne vorherige Einschaltung des Jugendamts 1522

OLG Koblenz 29.07.15 – 5 U 211/15
Verfahrensfehler bei unterlassenem Hinweis auf verfehlte Schlüssigkeitsbedenken 1523

Strafgerichte

BGH 14.03.16 – 1 StR 337/15
Verjährungsbeginn bei vorsätzlichem Bankrott – Feststellung der Restschuldbefreiung
(Anm. C. Brand) 1525

BGH 03.06.15 – 2 StR 422/14
Ermöglichungsabsicht beim Mord (Ls.) 1528

Verwaltungsgerichte

OVG Berlin-Brandenburg 22.03.16 – OVG 6 M 1/16
Berücksichtigung von Familiendarlehen im Wohngeldrecht 1529

VGH Mannheim 09.12.15 – 8 S 1542/14
Entscheidung über Notwendigkeit der Zuziehung des Bevollmächtigten nach Erledigung (Ls.) 1530

Arbeitsgerichte

BAG 27.01.16 – 5 AZR 9/15
Rückkehrzusage und Verlangen eines Vertragsangebots – Annahmeverzug 1530

BAG 18.06.15 – 2 AZR 58/14
Keine Postulationsfähigkeit von Kammerrechtsbeiständen vor dem LAG (Ls.) 1532

Finanzgerichte

BFH 17.11.15 – VIII R 68/13
Ablaufhemmung nach Selbstanzeige – Verjährungshemmung durch Fahndungsprüfung 1533

BFH 17.11.15 – VIII R 67/13
Ablaufhemmung nach Selbstanzeige – Verjährungshemmung durch Fahndungsprüfung 1535

BFH 23.06.15 – III R 38/14
Auslandsaufenthalt zur Berufsausbildung – Kindergeld (Ls.) 1536

Vorlagebeschluss

OLG Celle 15.03.16 – 11 U 171/15
Schadensersatzhöhe bei Beschädigung eines Rollstuhls während Flugbeförderung (Ls.) 1536

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 10/2016

Miet- und Immobilienrecht
Vermietung von Ferienwohnungen

Familienrecht
Familienselbstbehalt bei Elternunterhalt nur für Verheiratete

Erbrecht
Klippen bei der Einleitung einer Teilungsversteigerung

Verkehrsrecht
Gehörsverletzung bei unfallbedingter Verletzung

Baurecht
Vom nicht ersparten Wagnis

Arbeitsrecht
Sozialversicherung für Unternehmensleiter

Strafrecht
Korruption im Gesundheitswesen

Verfahrens- und Kostenrecht
Keine Verwirkung des Kostenerstattungsanspruchs

Anwalt und Kanzlei
Die Verschwiegenheitspflicht des Kammervorstands

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersichten

ÖJZ aktuell 433

Beiträge

→ Zum Erfüllungsort beim Versandkauf. 437
 Der 1. Senat des BGH nimmt in einer rezenten Entscheidung an, dass der Erfüllungsort beim Versandhandel mit Verbrauchern „der Wohnsitz des Käufers ist, weshalb den Verkäufer insoweit eine Bringschuld trifft“. Der Beitrag untersucht die Frage, ob diese Ansicht auch für das österreichische Recht zutreffend ist.
Von Christoph Kronthaler und Andrea Schwangler

→ Abgabebetrag durch Unterlassen unter Verwendung von Scheingeschäften oder Scheinhandlungen? 441
 Abgabehinterziehung wird nicht nur durch Abgeben unrichtiger Erklärungen, sondern auch durch Nichtabgabe von Erklärungen, somit durch Unterlassen begangen. Im Beitrag wird untersucht, ob und inwieweit der mit der Finanzstrafgesetz-Novelle 2010 neu geschaffene Straftatbestand des Abgabebetrugs im Fall der Unterlassung zur Anwendung kommen kann.
Von Marcus Schmitt und Elisabeth Köck

Evidenzblatt

→ Familienrecht 449
OGH 18. 11. 2015, 3 Ob 168/15z
 64: Streit über Anleagerwohnungen der geschiedenen Eheleute gehört zur Aufteilung

→ Grundbuchsrecht 451
OGH 25. 9. 2015, 5 Ob 154/15f
 65: Scheidungsvergleich über Eigentumswohnung unterliegt nicht der Grundverkehrsbeschränkung

→ Schadenersatzrecht 454
OGH 21. 10. 2015, 2 Ob 35/15h
 66: Das Grüne-Karte-System
Mit Anmerkung von Daniel Rubin

→ Verbraucherrecht 458
OGH 22. 10. 2015, 1 Ob 118/15g
 67: Rücktritt vom Vermittlungsvertrag bei Zahlungsaufschub

→ Zivilverfahrensrecht 461
OGH 17. 9. 2015, 3 Ob 90/15d
 68: Klage auf Stromversorgung muss bestimmt sein
Mit Anmerkung von Andreas Geroldinger

→ Strafprozessrecht 465
OGH 28. 1. 2016, 12 Os 154/15m
 69: Sachverhaltskontrolle bei Erneuerungsanträgen

OGH 7. 3. 2016, 17 Os 33/15d 467
 70: NBzWdG gegen Vorgänge der StA

EvBl-Leitsätze

→ Familienrecht 469
OGH 19. 2. 2016, 8 Ob 1/16d
 73: Ferialsache: Unterhaltsvereinbarung

→ Internationales Insolvenzrecht 470
 OGH 23. 2. 2016, 4 Ob 160/15 f
 74: Vor Klageeinbringung richtet sich Prozesssperre nach dem Recht des Insolvenzstaats

→ Internationales Zivilverfahrensrecht 470
 OGH 17. 2. 2016, 3 Ob 221/15 v
 75: Anspruch gegen Ehegatten auf Ersatz der Detektivkosten fällt nicht unter die EuGVVO
 OGH 23. 2. 2016, 4 Ob 214/15 x 471
 76: Negative Feststellungsklage kann unter Deliktgerichtsstand fallen

→ Stiftungsrecht 471
 OGH 23. 2. 2016, 6 Ob 160/15 w
 77: Business Judgement Rule

→ Versicherungsvertragsrecht 472
 OGH 27. 1. 2015, 7 Ob 227/15 f
 78: Leitungswasserversicherung: Risikoausschluss in Ausstellungsräumen

→ Strafprozessrecht 472
 OGH 9. 12. 2015, 15 Os 125/15 v
 79: Der Senat 15 differenziert zwischen Unschlüssigkeit der NB und unschlüssiger Geltendmachung von NG

→ Strafrecht 473
 OGH 18. 12. 2015, 13 Os 73/15 g
 80: Abgabenbetrug durch Bereithalten einer Urkunde

EuGH-Entscheidungen 474

Kosten

→ Kostenseitig 480
 Von Josef Obermaier

Standards

→ Impressum U2

→ Buchbesprechungen 477

→ Veranstaltungen & Seminare 479

→ Editorial	193
<i>Von Roman Alexander Rauter</i>	

Römisches Recht

→ Musterfall	196
FÜM 1 – Romanistische Fundamente europäischer Privatrechte und Technik der Falllösung	
<i>Prüfer: Verena T. Halbwachs, Richard Gamauf und Michael Memmer; gelöst von Verena T. Halbwachs und Dominik Rodak</i>	

Strafrecht

→ must know	202
Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft	
<i>Von Stephanie Öner</i>	

Öffentliches Recht

→ Judikatur.	206
Gänzlicher Ausschluss der Verfahrenshilfe im verwaltungsgerichtlichen Verfahren verfassungswidrig	
<i>Von Miriam Karl</i>	

→ Musterfall	209
Pro Natu und die Demonstration fürs Leben – Teil II	
<i>Prüfer: Stefan Storr; gelöst von Nina Maria Ganglbauer</i>	

→ Musterfall	214
Schriftliche Diplomprüfung aus Verfassungsrecht einschließlich Allgemeiner Staatslehre und Verfassungslehre	
<i>Prüferinnen: Anna Gamper und Irmgard Rath-Kathrein; gelöst von Christoph Schramek</i>	

Arbeits- und Sozialrecht

→ must know	222
Internationale Adoption – Karenz und Kinderbetreuungsgeld	
<i>Von Johanna Gumprecht</i>	

Gesellschaftsrecht

→ must know	229
Die Treuepflicht der Gesellschafter	
<i>Von Wilhelm Milchrahm und Roman Alexander Rauter</i>	

Zivilverfahrensrecht

→ Judikatur.	235
Widerspruch gegen Versäumungsurteil nach Europäischem Mahnverfahren?	
<i>Von Ulrike Frauenberger-Pfeiler</i>	

Bürgerliches Recht

→ must know	239
Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz	
<i>Von Beate Gelbmann</i>	
→ Musterfall	244
Diplomprüfung aus Bürgerlichem Recht – Teil II	
<i>Prüfer: Helmut Böhm, J. Michael Rainer und Gerwin Haybäck; gelöst von Ulrich E. Palma</i>	
→ Musterfall	249
Klausur aus Bürgerlichem Recht	
<i>Prüferin: Erika Wagner; gelöst von Erika Wagner und Martina Schickmair</i>	



Legal Studies of Excellence

Juristische Weiterbildung auf höchstem akademischen Niveau vor den Toren Wiens

- > **Bank- und Kapitalmarktrecht, LL.M.**
- > **Versicherungsrecht, LL.M.**
- > **Vertragsrecht und Vertragsgestaltung, LL.M.**
- > **International Dispute Resolution, LL.M.**

Donau-Universität Krems
 Department für Wirtschaftsrecht und Europäische Integration
www.donau-uni.ac.at/euro



In Kooperation mit
MANZ 



→ INVESTITIONEN IN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

MIT BEITRÄGEN VON

- MICHAEL BÖHEIM → GEORG M. BUSCH
- MICHAEL CHRISTL → BRIGITTE ECKER
- MARTIN FALK → CLEMENS FELDER
- HELMUT GASSLER → MARTIN GORING
- BETTINA GREIMEL-FUHRMANN → CHRISTIAN HELMENSTEIN
- REINHOLD HOFER → CHRISTIAN KEUSCHNIGG
- PHILIPP KRABB → MONIKA KÖPPL-TURYNA
- RALF KRONBERGER → KARL-HEINZ LEITNER
- HANNO LORENZ → BETTINA PETERS
- EVA PICHLER → CHRISTIAN RAMMER
- HERWIG RUMPOLD → ALEXANDER SCHIERSCH
- CHRISTOPH SCHRÖDER → ELISABETH STAMPFL-BLAHA
- ROMAN STÖLLINGER → TOBIAS THOMAS

1|2016

63. JAHRGANG

MANZ 

WKO 
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
<i>Georg M. Busch</i>	
Mehr Wachstum für Europa – Wege und Irrwege	7
<i>Michael Christl/Monika Köppl-Turyna/Hanno Lorenz</i>	
Investitionen: Warum wir sie brauchen und wie wir sie kriegen	19
<i>Martin Falk</i>	
Unternehmensinvestitionen in Österreich – Stilisierte Fakten, Bestimmungsfaktoren, Investitionswirkung und optimale Investitionspolitik	37
<i>Christian Rammer/Bettina Peters</i>	
Investitionsschwäche oder Strukturverschiebung der Investitionstätigkeit? – Zur Rolle immaterieller Investitionen für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen	67
<i>Brigitte Ecker/Helmut Gassler</i>	
Forschung und immaterielle Investitionen als zentrale Elemente für die Zukunftssicherung moderner Volkswirtschaften	87
<i>Clemens Felder/Karl-Heinz Leitner</i>	
Open Innovation als neue Innovationsstrategie für österreichische Unternehmen – Verbreitung, Barrieren und Nutzen	101
<i>Martin Gornig/Alexander Schiersch</i>	
Investitionsschwäche gefährdet Europa als Industriestandort	117
<i>Christian Keuschnigg</i>	
Unternehmensbesteuerung und Standortattraktivität	131
<i>Michael Böheim/Eva Pichler</i>	
Die Qualität von staatlichen Institutionen als Standortfaktor – Empirische Evidenz aus dem Bereich der österreichischen Steuerpolitik	155
<i>Christian Helmenstein/Philipp Krabb/Tobias Thomas</i>	
Standort-Sentiment als Determinante der Investitionstätigkeit – Zur Erklärungskraft von internationaler Medienberichterstattung und nationaler Perzeption für Standortentscheidungen	171
<i>Reinhold Hofer</i>	
Wettbewerbsfähigkeit und Investition – Eine evolutionäre Sicht	189
<i>Christoph Schröder</i>	
Lohnstückkosten – zentraler Indikator der Kostenwettbewerbsfähigkeit	201

Inhaltsverzeichnis

<i>Roman Stöllinger</i> Investitionen in Österreich – Fakten, Ursachen und Politikempfehlungen	215
<i>Elisabeth Stampfl-Blaha</i> Normen: Zwischen Belebung und Verhinderung des Wettbewerbs	237
<i>Bettina Greimel-Fuhrmann/Ralf Kronberger/Herwig Rumpold</i> Befunde und Desiderata zur Wirtschaftsbildung österreichischer Mittelschüler/innen	249
Impressum	265

**IN ALLER KÜRZE** 2**THEMA****Manfred Lindmayr: Das Vertrauen in die Richtigkeit einer ärztlichen Krankschreibung** 3

In Einzelfällen besteht immer wieder der Verdacht, dass ein Arbeitnehmer von einem Arzt krankgeschrieben wird, obwohl objektiv keine Arbeitsunfähigkeit vorliegt. *Manfred Lindmayr* gibt einen Überblick, inwieweit Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf die Richtigkeit einer ärztlichen Bestätigung vertrauen dürfen und welche Konsequenzen bei fingierten Krankenständen drohen.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

KV-Arbeitskräfteüberlassung: Kein Ersatz für fiktive Heimreisekosten	7
Kündigungsandrohung: Kein Verfall von Tagesgeldern nach dem KV-Arbeitskräfteüberlassung	8
KV-Gastgewerbe: Rückzahlung der Jahresremuneration bei unberechtigtem vorzeitigem Austritt	9
KV-Theatererhalterverband: Einreihung in eine höhere Lohngruppe	10
KV-Bruckner Orchester Linz: Anrechnung von Karenzzeiten als Vordienstzeiten	12
MLT-private Bildungseinrichtungen: Entlohnung von Vor- und Nacharbeiten einer Unterrichtseinheit	12
KV-Gebäudereinigung: Probezeit bei neuem Arbeitsverhältnis zulässig	13

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Unverbindliches Informationsschreiben der PVA über Pensionshöhe	14
Anspruch auf Vergütungszinsen bei Zahlung überhöhter SV-Beiträge	14
Pflege naher Angehöriger: Beginn der Selbstversicherung in der Pensionsversicherung	16
Beitragssatz bei Selbstversicherung in KrV für pensionierten Rechtsanwalt	17

» STEUERRECHT

Abzugsfähigkeit von Bewirtungsspesen eines Wirtschaftstreuhänders	17
Doppelte Haushaltsführung eines kroatischen Staatsbürgers	17
Doppelte Haushaltsführung – Unzumutbarkeit der täglichen Rückkehr	18
Auszahlung einer zu hohen Pensionsabfindung – kein Abänderungsantrag zulässig	19

ARTIKELRUNDSCHAU 20**IMPRESSUM** 6

Aufsätze

Nikitas Aliprantis , Die Folgen des Krisenmanagements für die soziale Situation in Griechenland	180
Hendrik Pütz , Zur Vergütungspflicht von Überstunden durch das Mindestlohngesetz	186

Arbeit und Rechtspolitik

Bericht aus Berlin	190
Aktuelles aus Brüssel und Straßburg	192

Arbeit und Sozialrecht

Winkel/Nakielski , Leistungsanspruch bei zu später Entscheidung der Krankenkasse	195
Bei Rückenleiden: Elektrisch verstellbarer Schreibtisch kann von der Rentenversicherung finanziert werden	
Rentenplus um 5,95 oder 4,25 %: Für wen gilt die Ost- und für wen die Westerrhöhung?	

Arbeit und Steuerrecht

Gamp , Ablauf der 4-jährigen Antragsfrist für ESt-Veranlagungen: Fristende am Wochenende (31.12.) führt zur Verlängerung auf den nächsten Werktag	196
--	------------

Arbeit und Rechtsgeschichte

Ulrich Preis , Hans Carl Nipperdey – mythische Leitfigur des herrschenden deutschen Arbeitsrechts	G9
--	-----------

Personalien | Termine | Info | Gelesen

Personalien Buchbesprechungen	197
Info	198
Termine	202
Neuerscheinungen Aus anderen Zeitschriften	203

Rechtsprechung

Entscheidungen mit Anmerkung

BAG	16.12.2014	Prämie für Verbesserungsvorschlag (<i>Jessolat</i>)	204
BAG	25.08.2015	Streik: Schadensersatzanspruch Drittbetroffener (<i>Zimmer</i>)	
EGMR	17.11.2015	Berufskrankheiten zwischen Sozial- und Arbeitsrecht (<i>Lörcher</i>)	208

Leitsätze der Redaktion mit Volltextzugang

1. Individuelles Arbeitsrecht

Arbeitsvertrag:

BAG	21.10.15	Annahmeverzug, Unvermögen	210
BAG	04.11.15	Befristung, Schriftform, »Auflockerungsrechtsprechung«	
LAG Nürnberg	22.12.15	Befristung, Weiterbildung Ärzte	211
LAG Nürnberg	03.12.15	Zielvereinbarung, Schadensersatz	

Behinderung:

BAG	22.10.15	Bewerberauswahl, Kenntnis des Arbeitgebers, Nichteinladung, Entschädigung	
-----	----------	---	--

Betriebliche Altersversorgung:

LAG Düsseldorf	02.09.15	nicht abgeführte Beiträge an Pensionskasse – persönliche Haftung des Geschäftsführers	
----------------	----------	---	--

Dienstleistungsfreiheit:

EuGH	23.12.15	regionale Beschränkung	
------	----------	------------------------	--

Entgelt:			
BAG	09.12.15	Abrechnung, Klage auf künftige Leistung	212
ArbG Gelsenkirchen	12.04.16	Ausschlussfrist, Kündigungsschutzklage, Urlaubsabgeltung	
ArbG Dresden	09.02.16	Mindestlohn, Zuschläge	
BAG	18.11.15	sittenwidrige Vergütung, ergänzende Vertragsauslegung	
Gleichbehandlung:			
EuGH	26.02.15	Altersdiskriminierung, Abfindung	
EuGH	17.12.15	Voller Schadensersatz bei Diskriminierung	
Kündigung:			
BAG	22.10.15	Änderungskündigung, ordentliche, Herabgruppierung wg. Krankheit	
BAG	19.11.15	Auflösungsantrag des Arbeitgebers	213
BAG	20.01.16	Bestimmtheit einer hilfsweise erklärten ordentlichen Kündigung	
LAG Nürnberg	16.02.16	Kleinbetrieb, Elternzeitvertretung	
LAG Sachsen	19.01.16	Kündigungsfrist, unangemessene Dauer	
BAG	20.01.16	Massenentlassung, Präklusion nach § 6 KSchG	
Leiharbeit:			
BAG	21.10.15	»equal pay«, Gesamtvergleich, Vergleichsentgelt	
Urlaubsrecht:			
BAG	15.12.15	Metall- u. Elektroindustrie Bayern, tariflicher Mehrurlaub, Krankheit des AN	
2. Kollektives Arbeitsrecht			
Betriebsverfassungsrecht:			
HessLAG	04.05.15	Auskunftsanspruch des BR	214
BAG	04.11.15	freigestelltes Betriebsratsmitglied, Entgelt	
BAG	04.11.15	GBR, arbeitsgerichtliches Beschlussverfahren	
BAG	26.01.16	KBR, Zuständigkeit, Überwachungseinrichtung	
BAG	08.12.15	Mitbestimmung des Betriebsrats, Arbeitsschutz	
Kirchliche Mitarbeitervertretung:			
BAG	22.10.15	Beteiligung bei Kündigung	
Tarifrecht:			
ArbG Gelsenkirchen	09.03.16	Prämie für Gewerkschaftsaustritt	
3. Verfahrensrecht:			
Prozessvergleich:			
BAG	02.09.15	Wirksamkeit, Kündigungsschutzverfahren	215
Prozessvollmacht:			
BAG	20.01.16	Kündigung, Wirksamwerden gegenüber Gericht, Urteilsergänzung	
Versäumnisurteil:			
EuGH	17.12.15	europäischer Vollstreckungstitel	
Kurzmitteilungen			
BAG	18.02.16	Zulagen in Bundeswehrverwaltung – unzulässige Altersdiskriminierung	
BAG	16.03.16	Klageerhebung wahrt nicht tarifliche Ausschlussfrist	
BAG	17.03.16	Weiterbeschäftigung bei Bezug einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung auf Zeit	216
BAG	17.03.16	Konfession – zulässige Einstellungsvoraussetzung?	217
BAG	17.03.16	Keine Altersdiskriminierung durch Konzept »60+« für Führungskräfte	
BAG	22.03.16	Mitbestimmung beim betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM)	218
ArbG Berlin	14.04.16	Kopftuchverbot für Lehrerin an Berliner Grundschule rechtmäßig	
BVerwG	23.03.16	OT-Mitgliedschaft für Handwerksinnung unzulässig	
Zusammenfassungen/Abstracts			219

Inhaltsverzeichnis

Der Kommentar

Kurth, Revitalisierung des Drei-Säulen-Modells 83

Abhandlungen

Nedden-Boeger, Aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Versorgungsausgleich 85

Diller/Zeh, Wegfall der Anpassungspflicht bei Pensionskassen- und Direktversicherungsversorgung – auch rückwirkend? 92

Langohr-Plato, Betriebsrente nach vorangegangener Altersteilzeit 95

Dreger, Reformbemühungen in der deutschen Altersversorgung – Erfahrungen aus dem Ausland 98

Klinger, Bilanzierung des verbleibenden Future-Services bei Übertragung einer Direktzusage auf den Pensionsfonds 102

Geberth, Eine Norm mit „Langlebigkeitsrisiko“ – Über den zunehmenden Reformbedarf des § 6a EStG 108

Thurnes, Vorlage der EIOPA-Stresstest-Ergebnisse: Von Löchern und Lücken 109

Informationen

Aus der Gesetzgebung

Gesetzesbeschluss zu § 253 HGB 112

Besteuerung von Investmentfonds wird vereinfacht 113

Altersvorsorge-Produktinformationsblattverordnung 113

Ermittlung von Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag nach den Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ab 2016 114

Berichtswesen und Offenlegungspflichten: BaFin passt Merkblatt für Versicherer und Pensionsfonds an 114

Aus der Politik

Anhörung zur Änderung des § 253 HGB im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz 114

Für eine faire und transparente private Altersvorsorge und ein stabiles Drei-Säulen-System
BT-Drucksache 18/7371 vom 27.1.2016 115

Bundesrat spricht sich für zügige Ost-West-Rentenangleichung aus
BR-Drucksache 585/15 (Beschluss) vom 29.1.2016 119

Insolvenzfolgen in der Lebensversicherung und Anlegerschutz bei Zertifikaten und Investmentvermögen
BT-Drucksache 18/7221 vom 11.1.2016 119

Geflüchtete in der Deutschen Rentenversicherung
BT-Drucksache 18/7495 vom 11.2.2016 121

Das Interview

„Keine Welt von Zwangsmaßnahmen“ (Wimmer) 125

Meinungen – Standpunkte – Empfehlungen

Stellungnahme der aba zur geplanten Änderung des § 253 HGB 127

Regierungsinitiative zur Bewertung von Pensionsrückstellungen ist wichtige Antwort auf Niedrigzinsumfeld 128

Swyter /Kröger, „Deutschland-Rente“ bietet keine überzeugenden Vorteile 129

Regierung versteckt sich bei den Betriebsrenten hinter Gutachten 131

EIOPA veröffentlicht Auswertungsbericht 131

Altersvorsorge braucht flexible Absicherung 132

Empfehlungen des 21. Deutschen Familiengerichtstages 132

Vierter Tragfähigkeitsbericht: Demografischer Wandel bleibt Herausforderung 133

Statistik

Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar 133

Hemmer/Schmid, Daten und Fakten zur betrieblichen Altersversorgung 135

Erwerbstätigenquote in Deutschland zweithöchste in der EU 137

Europa

Results of the first EU stress test for occupational pensions 138

PensionsEurope advises to be very cautious with the interpretation of EIOPA's IORP stress test results 139

ECON Committee in favour of a more practicable, proportionate and less prescriptive IORP II proposal 139

Veranstaltung

Ulbrich, „Die bAV der Zukunft: Dialog zu den Reformplänen des Gesetzgebers“ 140

Rechtsprechung

Rentenrecht für Wanderarbeitnehmer in Zypern verstößt gegen Unionsrecht
EuGH, Urteil vom 21.1.2016 – C-515/14 (PM) 147

Die VBL-Rente und das Rentnerprivileg
BGH, Urteil vom 13.1.2016 – IV ZR 284/13 147

Altersdiskriminierung durch Spätehenklausel in der Versorgungszusage
BAG, Urteil vom 4.8.2015 – 3 AZR 137/13 (LS) mit Anmerkung Killat 150

Bindungswirkung familiengerichtlicher Entscheidungen zum Versorgungsausgleich
BAG, Urteil vom 10.11.2015 – 3 AZR 813/14 150

Fehlentwicklung der betrieblichen Altersversorgung als Grund für Ablösung einer Versorgungsordnung
BAG, Urteil vom 10.11.2015 – 3 AZR 390/14 (OS + Gründe) 154

Auslegung einer Altersgrenzenregelung in einer Betriebsvereinbarung
BAG, Urteil vom 13.10.2015 – 1 AZR 853/13 157

Einkommensteuer bei gleichzeitiger Beitragszahlung an Rentenversicherung und Versorgungswerk
BFH, Urteil vom 17.11.2015 – X R 40/13 161

Keine Beschränkung der Beweismittel bei der Widerlegung der gesetzlichen Vermutung einer Versorgungssehe
BVerwG, Urteil vom 28.1.2016 – 2 C 21.14 (PM) 165

Berücksichtigung Schweizer betrieblicher Renten- anwartschaften im deutschen Versorgungsausgleich OLG Karlsruhe, Beschluss vom 29.9.2015 – 5 UF 115/13	166
Kündigung einer dem Versorgungsausgleich unterfallenden Lebensversicherung OLG Bremen, Beschluss vom 29.10.2015 – 4 UF 102/15 (LS)	170
Krankenversicherungsbeiträge auf Kapital- abfindungen und Sofortrenten LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 3.12.2015 – L 5 KR 84/15 (LS + Gründe)	170
Überversorgung bei Reduzierung des Geschäfts- führergehalts FG Düsseldorf, Urteil vom 10.11.2015 – 6 K 4456/13 K (Gründe)	171
Wegfall der Witwenrente auch bei Wiederheirat im Ausland SG Berlin, Urteil vom 11.12.2015 – S 105 R 6718/14 (PM)	172

Literatur

Buchbesprechungen

<i>Börner</i> , Die fondsakzessorische Direktzusage einer Betriebsrente	173
<i>Bazzazi/Birkner</i> (Hrsg.), bAV 2016 – Risiken und Lösungen für Mittelstand und Familienunternehmen	173
<i>Wiedmann/Böcking/Gros</i> , Bilanzrecht – Kommentar zu den §§ 238 bis 342e HGB, 3. Auflage	174
<i>Alber/Maus/Blankenhorn</i> , Körperschaftsteuer und Gewerbsteuer, 2. Auflage	174
<i>Gosch</i> , Körperschaftsteuergesetz: KStG – Kommentar, 3. Auflage	174
<i>Präve</i> (Hrsg.), Lebensversicherung – Kommentar zu den Allgemeinen Bedingungen der Lebens- und der Rentenversicherung	174
<i>Müller-Glöge/Preis/Schmidt</i> (Hrsg.), Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 16. Auflage	175
<i>Franzen/Gallner/Oetke</i> (Hrsg.), Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht	175
<i>Schlachter/Heinig</i> (Hrsg.), Enzyklopädie Europarecht – Europäisches Arbeits- und Sozialrecht	175

<i>Literaturhinweise</i>	175
--------------------------	-----

Nachrichten

Vorsitzender Richter am BFH Prof. Dr. Dietmar Gosch im Ruhestand	176
---	-----

Auslandseinsätze

- Editorial 153
Grenzüberschreitungen
Von Beatrix Karl

Beiträge

- Das deutsche Mindestlohngesetz in grenzüberschreitenden Sachverhalten . . . 156
„Deutscher Lohn auf deutscher Scholle“ als Grundregel auch bei „kurzfristigen“ Arbeitseinsätzen in und bei Transitfahrten durch Deutschland?

Seit 1. 1. 2015 gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn. Gem § 20 MiLoG sind auch ausländische AG verpflichtet, ihren in Deutschland beschäftigten AN ein Entgelt von mind € 8,50 pro Stunde zu zahlen. Das soll auch für „kurzfristig“ in Deutschland eingesetzte AN und sogar für bloße Transitfahrten durch Deutschland gelten. Wegen der Anwendung des MiLoG im Verkehrssektor hat die Kommission bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Der Beitrag untersucht zunächst die Anwendung des MiLoG bei „kurzfristigen“ Entsendungen iS der EntsendeRL aus Österreich nach Deutschland. Darauf aufbauend wird geprüft, ob österreichische Verkehrsunternehmen auch bei bloßen Transitfahrten durch Deutschland das MiLoG einhalten müssen.

Von Diana Niksova

- Krankenbehandlung im Falle der Entsendung 165

Grenzüberschreitende Aktivitäten von Unternehmen erfolgen häufig unter Einsatz eigener Dienstnehmer, die zu diesem Zweck in einen anderen Staat entsendet werden. In Bezug auf die Krankenversicherung stellen sich dabei va zwei Fragen: In welchem Staat ist der Dienstnehmer während des Auslandseinsatzes krankenversichert und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die konkrete Leistungsanspruchnahme im Krankheitsfall?

Von Beatrix Karl

- Die Auswirkung von Verfall und Verjährung auf die Strafbarkeit wegen Unterentlohnung 174

Im Zuge der Neuregelung der Bestimmungen gegen Unterentlohnung durch das ASRÄG 2014 erfolgte eine Klarstellung der bislang unbefriedigenden Regeln der Verfolgungs- und Strafbarkeitsverjährung. Doch auch nach der neuen Rechtslage sind viele Probleme noch ungelöst. Der Beitrag beleuchtet die alte und die neue Rechtslage anhand von zahlreichen Beispielen. Weiters werden die Auswirkungen von Nachzahlungen auf die Strafbarkeit dargestellt.

Von Caroline Graf-Schimek

ZAS-Judikaturübersicht

- ZAS-Judikatur 2016/35–56 182

Rechtsprechung

- Reine Betonfertigteilerzeugung ist grundsätzlich nicht vom BUAG erfasst 186

OGH 27. 11. 2014, 9 ObA 120/14 h

Mit Anmerkung von Christina Kerschbaumer

- Kein Anspruch auf Überstundenpauschale während Elternteilzeit 190

OGH 24. 6. 2015, 9 ObA 30/15 z

Mit Anmerkung von Thomas Pfalz



- Aufrechnung zwischen Abfertigung alt und Anwartschaft auf Abfertigung neu? 194
 OGH 29. 7. 2015, 9 ObA 65/15x
 Mit Anmerkung von Reinhard Resch

Muster

- Entgeltangabe gem § 9 Abs 2 GIBG 198
 Von Caroline Graf-Schimek

Standards

- Impressum 153
 → Buchbesprechungen 199



Umfassende Untersuchung der Schiedsrichterhaftung

2016. XXX, 278 Seiten.
 Br. EUR 69,-
 ISBN 978-3-214-11099-4

Leitner

Die Haftung des Schiedsrichters

Die Arbeit bietet eine umfassende Untersuchung der Schiedsrichterhaftung nach österreichischem Recht, die im Spannungsfeld von

- § 594 Abs 4 ZPO
- Amtshaftungsgesetz und
- allgemeinen Grundsätzen der Vertragshaftung steht.

Herausgearbeitet wird insbesondere die maßgebende Bedeutung zwischen jenem Schaden, der im Verfahrensverlust liegt, und sonstigen Schäden.

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
 TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16-1010 Wien www.manz.at

MANZ

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

10/2016



INHALT

Aktuell	Rechtsprechung	V
	Mitteilungen	VIII
	Veranstaltungen	X
Aufsätze und Berichte	<i>F. Ruland</i> , Rentenversicherung und Familienlastenausgleich	361
	<i>F. Brosius-Gersdorf</i> , Vergütung und Belegung von Rehabilitationseinrichtungen durch die gesetzlichen Krankenkassen	367
	<i>F. Plate / M. Siebert</i> , Die „Wettbewerbsgrundsätze 2016“	374
	<i>S. Stadelhoff</i> , 11. Medizinrechtliche Jahresarbeitstagung (Tagungsbericht)	379
Buchbesprechungen	<i>Winfried Kluth</i> , Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) nach § 91 SGB V aus der Perspektive des Verfassungsrechts: Aufgaben, Funktionen und Legitimation (B. Wiegand)	381
Rechtsprechung		
Krankenversicherungsrecht	Erstattung der Kosten für ein selbst beschafftes Arzneimittel (BSG Urt. v. 15.12.2015 – B 1 KR 30/15 R – mit Fokus)	383
	Aufrechterhaltung der GKV-Mitgliedschaft – Entlassung aus der Reha als arbeitsunfähig (LSG Sachsen-Anhalt Beschl. v. 2.3.2016 – L 6 KR 192/15 B)	391
Rentenversicherungsrecht	Beitragsbemessung – Familienlastenausgleich (BSG Urt. v. 30.9.2015 – B 12 KR 15/12 R)	391
	Rentenzahlung (LSG Bayern Beschl. v. 30.3.2016 – L 6 R 1/15)	397
	Zugang einer Freigabeerklärung (SG München Teilurteil v. 21.3.2016 – S 15 R 582/14)	397
Unfallversicherungsrecht	Gefahrtarif im Bürobereich (LSG Berlin-Brandenburg Urt. v. 3.12.2015 – L 2 U 171/14)	397
	Wie-Beschäftigung im Verhältnis zwischen Auftraggeber und Werkunternehmer – Abladen einer Lieferung (LSG Bayern Urt. v. 24.2.2016 – L 2 U 348/14)	397
	Bandscheibenerkrankung nach Belastung durch Heben (LSG Baden-Württemberg Urt. v. 18.3.2016 – L 8 U 3578/15)	397
Grundsicherungsrecht	Nutzungsüberlassung eines Kfz als Einnahme (LSG Baden-Württemberg Urt. v. 23.2.2016 – L 9 AS 2108/13)	398
	Sanktion aufgrund Eingliederungsverwaltungsakt (LSG Bayern Beschl. v. 22.3.2016 – 7 AS 137/16 B ER)	398
	Einstweiliger Rechtsschutz – Leistungsgewährung für die Vergangenheit (LSG Sachsen-Anhalt Beschl. v. 30.3.2016 – 4 AS 65/16 B ER)	398
	Übernahme von Bewerbungskosten im Eingliederungsverwaltungsakt (LSG Bayern Beschl. v. 31.3.2016 – 7 AS 140/16 B)	398

PKH-Voraussetzungen – Einsatz einer Abfindung für den Verlust des Arbeitsplatzes (LAG Nürnberg Beschl. v. 7.1.2016 – 7 Ta 94/14)	398
Gebührenermäßigung bei Klagerücknahme nach Urteilsverkündung – Analoge Anwendbarkeit von Gebührentatbeständen (LSG Bayern Beschl. v. 14.1.2016 – L 15 SF 27/14 E)	399
Hälftige Anrechnung der Geschäftsgebühr für das Widerspruchsverfahren auf die Verfahrensgebühr (SG Hannover Beschl. v. 31.3.2016 – S 34 SF 227/15)	400

ISSN 0941-7915

NZS
Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

Verantwortlicher Schriftleiter:

Dr. Gerhard Knorr
Merseburger Str. 8 a
80993 München
Tel. (0 89) 1 49 35 78 priv.
E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

Mitarbeiter der Redaktion:

Karl Habermann, Ltd. MR a. D.
Günther Macht, Ltd. MR a. D.
André Scharrer, RD

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Amtsgericht München, HRA 48 045.

Erscheinungsweise: Zweimal im Monat.

Bezugspreise 2016: Jahresabo € 339,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für NJW- und NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Studiengang) und Referendare € 309,- (inkl. MwSt.). Einzelheft € 16,50 (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen

nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback	
AUFSÄTZE	<i>Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf</i> Ehe- und familienverfassungsrechtlicher Reformbedarf bei der Witwen- und Witwerrente in der gesetzlichen Rentenversicherung (Teil I) _____	241
	<i>Prof. Dr. Hermann Plagemann</i> Haftungsersetzung durch Unfallversicherung _____	245
	<i>Dr. Sonja Reimer</i> Überblick über Änderungen des SGB XI durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz _____	252
	<i>Dr. Konrad Leube</i> Ehrenamtliche Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe _____	260
AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN	Übersicht über die jüngste Rechtsprechung <i>Bundessozialgericht</i> _____	266
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
SELBSTVERWALTUNG	<i>Ausschüsse/Spiegelbildprinzip</i> Art. 20 GG; § 131 SGG; § 24 Satzung einer KZÄV Urteil des 6. Senats des BSG vom 11.2.2015 – B 6 KA 4/14 R – <i>Anmerkung von Dr. Cordula Judith Scherer, Bonn</i> _____	277
KÜNSTLERSOZIALVERSICHERUNG	<i>Abgabepflicht/Spitzenverband</i> § 24 KSVG Urteil des 3. Senats des BSG vom 22.4.2015 – B 3 KS 7/13 R – <i>Anmerkung von Andri Jürgensen, Kiel</i> _____	286
KINDERZUSCHLAG	<i>Erbe/Bereites Mittel</i> § 6b BKG; §§ 11 ff. SGB II Urteil des 14. Senats des BSG vom 17.2.2015 – B 14 KG 1/14 R – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Ingo Palsherm, Nürnberg</i> _____	292
KURZ NOTIERT	Tagungsbericht zum 48. Kontaktseminar des Sozialrechtsverbands e.V. _____	299
GESAMTSCHAU	_____	V



WU
D3-2275
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Monatsschrift Kriminologie und Strafrechtsreform

Journal of Criminology and Penal Reform

Bergmann, Jens

Corporate Crime, Kriminalitätstheorie und Organisationssoziologie

Bussmann, Kai-D./Niemeček, Anja/Vockrodt, Marcel

Compliance und Unternehmenskultur – Eine empirische
Untersuchung zur Wirksamkeit von Anti-Korruptionsprogrammen

Capus, Nadja/Stoll, Mirjam/Studer, David

Die Belehrung über das Schweigerecht – Ein leeres Versprechen?

Schubmann, Petya/Neutze, Janina/Osterheider, Michael

Rückfälle nach sexuellem Kindesmissbrauch und
Kinderpornografiedelikten in Deutschland

Heynen, Evelyn/Behrens, Eleni/van der Helm, Peer

Evaluation der Gruppenklima-Forschung in Deutschland (am Bei-
spiel NRW) und den Niederlanden auf der Grundlage eines Vergleichs
der verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten in den
jeweiligen Jugendstrafvollzugssystemen

Online
Ausgabe

auf jurion.de

1 16

MschrKrim 99. Jahrgang
Feb. 2016 ISSN 0026-9301
www.heymanns-mschrkrim.de

Carl Heymanns Verlag



Inhalt Heft 1/2016

Kirchhoff, Ferdinand, Nachruf für Hans Joachim Schneider 1

ARTIKEL

<i>Bergmann, Jens</i> , Corporate Crime, Kriminalitätstheorie und Organisationssoziologie	3
<i>Bussmann, Kai-D./Niemecek, Anja/Vockrodt, Marcel</i> , Compliance und Unternehmenskultur – Eine empirische Untersuchung zur Wirksamkeit von Anti-Korruptionsprogrammen	23
<i>Capus, Nadja/Stoll, Mirjam/Studer, David</i> , Die Belehrung über das Schweigerecht – Ein leeres Versprechen?	42
<i>Schubmann, Petya/Neutze, Janina/Osterheider, Michael</i> , Rückfälle nach sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornografiedelikten in Deutschland	58

FORUM

<i>Heynen, Evelyn/Behrens, Eleni/van der Helm, Peer</i> , Evaluation der Gruppenklimaforschung in Deutschland (am Beispiel NRW) und den Niederlanden auf der Grundlage eines Vergleichs der verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten in den jeweiligen Jugendstrafvollzugssystemen	68
--	----

MITTEILUNGEN

New Directions in Critical Criminology Conference, May, 6-7, 2016 in Knoxville	78
Terrorismus und Radikalisierung – 10. Wiener Frühjahrstagung für Forensische Psychiatrie, 20. Mai 2016 in Wien/Österreich	78
Fortschritt braucht (Frei-)Räume – 16. Forum für Täter-Opfer-Ausgleich, 1.-3. Juni 2016 in Bad Kissingen	78
Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses – 21. Deutscher Präventionstag, 6.-7. Juni 2016 in Magdeburg	78
Recognizing Knowledge to Reduce Crime and Injustice – Stockholm Criminology Symposium Conference, June, 14-16, 2016 in Stockholm/Sweden	78
Reviewer 2015	78

BUCHBESPRECHUNGEN

<i>MacKenzie, R.D./McEwan, T.E./Pathé, M.T./James, D.V./Ogloff, J.R.P./Mullen, P.E.</i> , Stalking: Ein Leitfaden zur Risikobewertung von Stalkern – das »Stalking Risk Profile« (Ruth Saueracker, München)	80
<i>Maelicke, Bernd</i> , Das Knast-Dilemma. Wegsperrern oder resozialisieren? Eine Streitschrift (Helmut Kury, Freiburg i.Br.)	81

Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze		
	<i>Jun.-Prof. Dr. Elisa Hoven, Prof. Dr. Michael Kubiciel, Prof. Dr. Martin Paul Waßmer</i> Das Ende des Sommermärchens – Strafbarkeit korruptiver Einflussnahmen auf die Vergabe sportlicher Großereignisse	121
	<i>RA Dr. Frank Krüger</i> Zur steuerstrafrechtlichen Vorfrage, wem die Leistungen von Prostituierten in einem Bordellbetrieb umsatzsteuerrechtlich zuzurechnen sind?	127
	<i>Folker Bittmann, Leitender Oberstaatsanwalt</i> Vom Annex zur Säule: Vermögensabschöpfung als 3. Spur des Strafrechts	131
	<i>Prof. Dr. Ruth Linssen, Münster und André Queling</i> Wirtschaftskriminalität im Sozialwesen Erkenntnisse & Prävention	139
Rechtsprechung	Steuerstrafrecht/Steuerrecht	
	Zum Versuchsbeginn bei der unerlaubten Verbringung von Abfällen in das Ausland Hans. OLG Hamburg, Beschl. v. 2.12.2015 – 2-95/15 (REV) (m. Anm. <i>Junck/Ogiermann</i>)	146
	Rechtswidrigkeit des Durchsuchungsbeschlusses bei mangelhafter Konkretisierung der Straftat, der tatsächlichen Verdachtsgrundlagen und der aufzufindenden Beweismittel LG Wiesbaden, Beschl. v. 15.2.2016 – 6 Qs 2/16 (m. Anm. <i>Heuchemer</i>)	148
	Darstellung einer Steuerhinterziehung im Urteil; Wirksamkeit einer Selbstanzeige OLG Hamm, Beschl. v. 7.10.2015 – 5 RVs 119/15 (AG Essen 59 Ls 5/15) (m. Anm. <i>Rolletschke</i>)	151
	Darstellung einer Steuerhinterziehung im Urteil; Wirksamkeit einer Selbstanzeige Schleswig-Holsteinisches OLG, Beschl. v. 30.10.2015 – 2 Ss 63/15 (LG Kiel) (m. Anm. <i>Rolletschke</i>)	153
	Wirtschaftsstrafrecht	
	1. Strafsenat des BGH bejaht Totalkontamination bei der Geldwäsche BGH, Beschl. v. 20.5.2015 – 1 StR 33/15 (m. Anm. <i>Krug</i>)	157
Impressum		IV
Mitteilungen	Literaturspiegel Steuerstrafrecht Stand 4.4.2016 (<i>Madauß</i>)	V

Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze		
	<i>Prof. Dr. Andreas von Hirsch</i> Eine retributive Rechtfertigung des Unternehmensstrafrechts?	161
	<i>Prof. Dr. Gerhard Dannecker und Christoph Dannecker</i> Europäische Vorgaben für das materielle und formelle Unternehmensstrafrecht	162
	<i>Prof. Dr. Michael Kubiciel</i> Die deutschen Unternehmensgeldbußen: Ein nicht wettbewerbsfähiges Modell und seine Alternativen	178
	<i>Prof. Dr. Julien Walther</i> Die relative Effizienz der Unternehmensstrafbarkeit am Beispiel des Wettbewerbsstrafrechts in Frankreich	181
	<i>Dr. Otto Dietrich</i> Modelle eines Unternehmensstrafrechts und ihre Effektivität Österreich – Verbandsverantwortlichkeit	186
	<i>Prof. Dr. Marianne Johanna Hilf</i> Grundkonzept und Terminologie des österreichischen strafrechtlichen Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes (VbVG)	189
	<i>Dr. Stefan Schumann und Thomas C. Knierim</i> Wettbewerb im Unternehmensstrafrecht: Individual- vs. Verbandsverteidigung	194
	<i>Univ.-Prof. Dr. Robert Kert</i> Verfall und Abschöpfung in Österreich	203
Impressum		IV
Editorial	Editorial (<i>Dannecker, Kubiciel, Saliger, Soyer, Knierim</i>)	V
Tagungsbericht	Tagung zu Unternehmensstrafrecht und Wettbewerb an der Universität Linz (<i>Bülte</i>)	VI

Beirat

RA Dr. Burkard Göpfert
RAin Dr. Simone Kämpfer
RA Prof. Dr. Christoph Knauer
RA Prof. Dr. Gerd Krieger
Prof. Dr. Hans Kudlich
RA Dr. Michael Racky (WisteV)
RA Dr. Rainer Spatscheck
RA Dr. Michael Tsambikakis
RAin Renate Verjans
(geschäftsführend)

■

RA Dr. Markus Adick
LOStA Folker Bittmann
RA Dr. Lars Böttcher
RAin Dr. Margarete
Gräfin von Galen
RA Prof. Dr. Ferdinand Gillmeister
Prof. Dr. Matthias Jahn
RA Dr. Thomas Keul
RA Christoph Lepper, LL.M.
RA Prof. Dr. Holger Matt
RA Dr. Bernd Rainer Mayer
RA Jes Meyer-Lohkamp
RAin Dr. Regina Michalke
RA Dr. Panos Pananis
RA Dr. Markus S. Rieder
RAin Dr. Heide Sandkuhl
RA Dr. Jörg Schauf
RAin Dr. Hellen Schilling
RA Dr. Bernd Wilhelm Schmitz
RA Dr. Oliver Sieg
RA PD Dr. Gerson Trüg
RA Dr. Florian Ufer
RA Nikolai Venn
RA Prof. Dr. Jochen Vetter
RA Dr. Marko Voß

Aufsätze

Kartellsanktionenrecht – Eine Einführung <i>Prof. Dr. Florian Bien</i>	133
Die Ahndung von Hardcore-Kartellen nach deutschem und europäischem Recht <i>RA Dr. Andreas Rosenfeld</i>	139
Schadensersatz wegen Kartellrechtsverstößen – Ein Überblick aus der Praxis <i>RAin Dr. Tatjana Mühlbach / RA Dr. Andreas Boos</i>	145
Berechnung von Kartellschadensersatzansprüchen <i>RA Dr. Michael J.R. Kremer, LL.M. / RAin Christine Nowak</i>	156
Kartellrechtliche Compliance – Anforderungen und Ausgestaltung <i>RA Dr. Florian C. Haus / RAin Dr. Sarah Erne</i>	162
Die Zumessung der Kartellgeldbuße im gerichtlichen Verfahren <i>RA Dr. Markus Rübenstahl</i>	170

ZWH-aktuell



Inhalt

Aufsätze		<i>N. Bernsdorff</i> , Sozialhilfe für nichterwerbstätige Unionsbürger – Kassel locuta, causa finita?	633
		<i>A. Folnovic/M. Hellriegel</i> , Der Widerruf im Zuwendungsrecht – eine Systematik	638
		<i>P. G. Müller-Eiselt</i> , Abwehr terroristischer Bedrohungen bei Fußballspielen	643
Migration/Integration		<i>E. Sokolov</i> , Wege zur Partizipation für Inländer – Volksbegriff und Einbürgerung im Lichte des Demokratieprinzips	649
Berichte		<i>A. Epiney</i> , Die Rechtsprechung des EuGH im Jahr 2015 – Europäisches Verfassungsrecht	655
Kurze Beiträge		<i>M. Hippeli</i> , Die funktionsgerechte Besoldung des § 18 BBesG im Lichte aktueller verfassungsrechtlicher Rechtsprechung	664
Zur Rechtsprechung		<i>C. Henrich</i> , Das Bundesverfassungsgericht und die Verteidigung der Demokratie	668
Buchbesprechungen		<i>G. Hager</i> , Kommentar zum Landesplanungsrecht in Baden-Württemberg, Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg (<i>M. Uechtritz</i>)	671
		<i>J. Bloehs/T. Frank</i> , Akkreditierungsrecht (<i>T. Klindt</i>)	672
		<i>A. Voitl/M. Luber</i> , Das neue Dienstrecht in Bayern (<i>Red.</i>)	672
Rechtsprechung			
EuGH	17. 12. 15 – C-517/13	Erhebung einer Abgabe für Sendeeinrichtungen für Mobilfunknetz	673
EuGH	28. 1. 16 – C-50/14	Direktvergabe von Krankentransportleistungen (Ls.)	674
BVerfG	17. 2. 16 – 1 BvL 8/10	Akkreditierung von Studiengängen Anm. <i>M. Wiemers</i>	675 681
BVerfG	16. 12. 15 – 2 BvR 1958/13	Zuordnung eines Dienstpostens zu mehreren Besoldungsgruppen Anm. <i>M. Stuttmann</i>	682 686
BVerfG	15. 12. 15 – 2 BvL 1/12	Überschreibung eines Doppelbesteuerungsabkommens (Ls.)	688
BerlVerfGH	10. 2. 16 – VerfGH 31/15	Hinzuziehung einer Hilfsperson durch Abgeordneten bei Akteneinsicht	688

BVerwG	11. 11. 15 – 8 CN 2/14	Normenkontrolle einer Verordnung zur Ladenöffnung Anm. A. Schunder	689 694
BVerwG	27. 8. 15 – 3 C 14/14	Geschäftsmäßige Personenbeförderung	695
BVerwG	9. 12. 15 – 6 C 37/14	Vorbehalt des Widerrufs bei gebundenen begünstigendem Verwaltungsakt	699
BVerwG	17. 12. 15 – 4 C 7/14	Errichtung und Betrieb eines Schweinemaststalls	701
BVerwG	10. 9. 15 – 4 CN 8/14	Ausschluss einzelner Nutzungen im Gewerbegebiet	704
VGH München	19. 10. 15 – 1 B 15.886	Bordell in Industriegebiet	706
VGH Kassel	10. 11. 15 – 1 B 286/15	Abbruch eines Auswahlverfahrens (Ls.)	708
BGH	23. 7. 15 – III ZR 196/14	Verjährung von Amtshaftungsansprüchen	708
BGH	22. 10. 15 – V ZB 79/15	Fehlerhafte Belehrung im Abschiebungshaftverfahren	711
BGH	14. 1. 16 – V ZB 178/14	Abschiebungshaft wegen nicht angezeigten Aufenthaltswechsels (Ls.)	712

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NJW	V
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	V
Rechtsprechung in Leitsätzen	VII
Gesetzgebungsverfahren	VIII
Veranstaltungen	IX

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2016: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 154,50 (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 137,50 (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 16,50 (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 244,50 (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** (w.o.) halbjährlich € 217,50 (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 25,- (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen

nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Ekkehard Hofmann, Trier/Ekaterini Iliadou, Athen, Die Hilfspakete für Griechenland und ihre Umsetzung im Bereich der Altersrenten – Zum Urteil des Höchsten Griechischen Verwaltungsgerichts vom 18. Juni 2015 in der Rechtssache Nr. 2287/2015 und seinen Nachwirkungen* 401
- Kay Waechter, Hannover, Großvorhaben und Strukturwandel* 411
- Christian Stenneken/Janosch Neumann, Bochum, Urbane Seilbahnen als Gegenstand des Planfeststellungsrechts – Innovative Infrastruktur oder stadtplanerische Träumerei?* 419
-

Kleinerer Beitrag

- Markus Vašek, Wien, § 47 Aufenthaltsgesetz nach Perinçek* 429
-

Buchbesprechungen

- Emanuel V. Towfigh, Das Parteien-Paradox – Ein Beitrag zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Parteien (Ulrich Karpen)* 432
- Sebastian Heer, Parlamentsmanagement – Herausbildungs- und Funktionsmuster parlamentarischer Steuerungsstrukturen in Deutschland vom Reichstag bis zum Bundestag (Michael Fuchs)* 434
-

Rechtsprechung

- BVerfG, Beschluss vom 15.12.2015 – 2 BvR 2735/14 – Gewährleistung einzelfallbezogenen Grundrechtsschutzes gegen unionsrechtlich determinierte Hoheitsakte zur Wahrung der Verfassungsidentität* 435

Vergaberecht

Zeitschrift für das gesamte Vergaberecht

INHALT 3 · 2016

Editorial I
Impressum v

Vergaberechtsreform 2016

Aufsätze

Europa- und verfassungsrechtlicher Rahmen der Vergaberechtsreform Martin Burgi	261	Die neue VOB/A Norbert Reuber	339
Aufbau und Struktur des neuen Vergaberechts Mark von Wietersheim	269	Die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen nach der Vergaberechtsreform 2016 Bernhard Stolz	351
Auftragsänderungen nach der Auftragsvergabe Jan Ziekow	278	Das neue Recht der Konzessionsvergabe Loni Goldbrunner	365
Die Neuregelungen zur In-House-Vergabe Malte Müller-Wrede	292	Die Vergabe von SPNV-Leistungen nach der Vergaberechtsreform Mutschler-Siebert/Dorschfeldt	385
Das Konzernprivileg für Sektorenauftraggeber nach den §§ 138, 139 GWB Klaus Greb	303	Änderungen im Vergabeprozessrecht Matthias Krist	396
Nebenangebote nach der Vergabemodernisierung 2016: Lösung oder Perpetuieren eines Dilemmas? Heinz-Peter Dicks	309	Die Umsetzung der Vergaberichtlinien in Italien Franke/Brugger	400
Eignungs- und Zuschlagskriterien im neuen Vergaberecht Olaf Otting	316		
Kartell- und Submissionsabsprachen von Bietern – Selbstreinigung und Schadenswiedergutmachung Matthias Ulshöfer	327		

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir Beilagen der id Verlags GmbH, der Forum Institut für Management GmbH sowie vom Werner Verlag.

Wir bitten um freundliche Beachtung.

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Privates Baurecht · Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer · Vergabewesen

NZBau 5/2016

Mai 2016 · 17. Jahrgang 2016 · Seite 249–320

Redaktion: Rechtsanwältin Elisabeth Jackisch, M. A.; Rechtsanwältin Kerstin Korn, Frankfurt a. M.

Inhalt

Editorial		<i>H. Fuchs/A. Berger</i> , „Schuldrecht bleibt Schuldrecht...“	249
Aufsätze		<i>H. Pauly</i> , Die vermeintliche Hinfälligkeit von Vertragsstrafen im gestörten oder geänderten Baustellenablauf	251
		<i>R. Averhaus</i> , Die Rechtsprechung der Jahre 2014 und 2015 zum Honorarrecht der Architekten und Ingenieure	256
		<i>K. Greb</i> , Die vergaberechtliche Behandlung von Interessenkonflikten	262
		<i>C. Braun</i> , Konzessionsvergaben für Sportwetten – Maßstab für alle verwaltungsrechtlichen Konzessionsauswahlverfahren?	266
Entscheidungsanmerkung		<i>C. Meier</i> , Zwischenstreit über Nebenintervention und Interventionswirkung (zu BGH, NZBau 2016, 158 u. 156)	270
Literatur		<i>K. Vygen/E. Joussem/A. Lang/D. Rasch</i> , Bauverzögerung und Leistungsänderung (<i>J. Markus</i>)	272
Rechtsprechung			
Privates Baurecht			
EuGH	14. 1. 16 – C-399/14	Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Waldschlößchenbrücke	273
EuGH	15. 10. 15 – C-137/14	Verstoß gegen Verpflichtungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung	278
BGH	28. 1. 16 – IZR 60/14	Freizeichnung für Bodenverhältnisrisiken in Kraneinsatz-AGB	283
OLG Stuttgart	9. 2. 16 – 10 U 143/15	Sonderkündigung des Bauvertrags wegen Unzuverlässigkeit des Unternehmers	289
OLG Jena	26. 11. 15 – 1 U 201/15	Verjährungsverlängerung durch Mängelrüge per E-Mail nach Abtretung mit Praxisanmerkung von <i>P. Hummel</i>	291 294
OLG Düsseldorf	18. 12. 15 – I-22 U 84/15	Entbehrlichkeit einer Fristsetzung zur Mängelbeseitigung	295
OLG Schleswig	18. 12. 15 – 1 U 125/14	Kein Schadensersatz nach vorbehaltloser Abnahme in Kenntnis des Mangels	298

Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer

BGH	28. 1.16 – VII ZR 266/14	Kein mangelbezogener Vorteilsausgleich in planerischer Leistungskette	301
BGH	14. 1.16 – VII ZR 271/14	Drittschadensliquidation nach mangelhafter Architektenleistung	304

Vergaberecht

EuGH	18. 2.16 – C-446/14 P	Staatliche Beihilfe – Zweckverband Tierkörperbeseitigung Rheinland-Pfalz	306
BVerfG	12. 1.16 – 1 BvL 6/13	Kein Sozietätsverbot von Rechtsanwälten mit Ärzten/Apothekern – Dr. W & M	309
BVerwG	16. 11.15 – 10 C 5.15	Keine Gleichwertigkeit des planenden Baumeisters mit dem Architekten	315
KG	4. 12.15 – Verg 8/15	Keine Nachforderungspflicht im VOF-Verfahren – Drees & Sommer	317
VK Sachsen	12. 6.15 – 1/SVK/016–15	Fehlende Bekanntmachung der Preisumrechnungsformel (Ls.)	320

Umschlaginformationen

NZBau aktuell

V

Fachanwalts-Lehrgang Bau- & ArchitektenR

Hamburg Start: 09.06.2016 *mit Durchführungsgarantie*

Leipzig Start: 22.09.2016

München Start: 24.11.2016

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER
seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

Fachanwalts-Lehrgang Vergaberecht

Leipzig Start: 19.05.2016 *mit Durchführungsgarantie*

Hamburg Start: 13.10.2016

Schermbach Start: 17.11.2016

bei Essen

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER
seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

ISSN 1439-6351

NZBau – Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Geschäftsführender Herausgeber:
Rechtsanwalt *Prof. Dr. Klaus D. Kapellmann*, Viersener Straße 16,
41061 Mönchengladbach, Telefon:
(021 61) 8 11-6 01, Telefax: (021 61)
8 11-7 99.
E-Mail: mg@kapellmann.de

Verlagsredaktion: (verantwortlich für den
Textteil): Rechtsanwältin *Elisabeth
Jackisch*, M.A. (Rechtsprechung),
Rechtsanwältin *Kerstin Korn* (Auf-
sätze und Schlussredaktion); Rechts-
anwalt *Dr. Hans von Gehlen*,
Beethovenstraße 7b, 60325 Frank-
furt a.M., Telefon: (069) 75 60 91-0,
Telefax: (069) 75 60 91-49.
E-Mail: NZBau@Beck-Frankfurt.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die
Redaktion zu senden. Der Verlag
haftet nicht für Manuskripte, die
unverlangt eingereicht werden. Sie
können nur zurückgegeben werden,
wenn Rückporto beigefügt ist. Die
Annahme zur Veröffentlichung muss
schriftlich erfolgen. Mit der Annahme
zur Veröffentlichung überträgt der
Autor dem Verlag C.H.BECK an sei-
nem Beitrag für die Dauer des gesetz-
lichen Urheberrechts das exklusive,
räumlich und zeitlich unbeschränkte

Recht zur Vervielfältigung und Ver-
breitung in körperlicher Form, das
Recht zur öffentlichen Wiedergabe
und Zugänglichmachung, das Recht
zur Aufnahme in Datenbanken, das
Recht zur Speicherung auf elektro-
nischen Datenträgern und das Recht
zur deren Verbreitung und Vervielfäl-
tigung sowie das Recht zur sonsti-
gen Verwertung in elektronischer
Form. Hierzu zählen auch heute
noch nicht bekannte Nutzungsfor-
men. Das in § 38 Abs. 4 UrhG nieder-
gelegte zwingende Zweitverwertungs-
recht des Autors nach Ablauf von
12 Monaten nach der Veröffentli-
chung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in
dieser Zeitschrift veröffentlichten Bei-
träge sind urheberrechtlich geschützt.
Das gilt auch für die veröffentlichten
Gerichtsentscheidungen und ihre Lei-
tsätze, denn diese sind geschützt, so-
weit sie vom Einsender oder von der
Schriftleitung erarbeitet oder redigiert
worden sind. Der Rechtsschutz
gilt auch gegenüber Datenbanken und
ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil
dieser Zeitschrift darf außerhalb der
engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form
vervielfältigt, verbreitet oder öffent-
lich wiedergegeben oder zugänglich
gemacht, in Datenbanken aufge-

nommen, auf elektronischen Daten-
trägern gespeichert oder in sonstiger
Weise elektronisch vervielfältigt, ver-
breitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK,
Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9,
80801 München, Postanschrift: Post-
fach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (089) 3 81
89-687, Telefax (089) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen,
technische Daten: Telefon (089) 3 81
89-598, Telefax (089) 3 81 89-599,
E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wil-
helmstr. 9, 80801 München, Post-
anschrift: Postfach 40 03 40, 80703
München, Telefon: (089) 3 81 89-0,
Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank
München IBAN: DE22 7001 0080
0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise: Monatlich.

Bezugspreise 2016: Jährlich € 289,-
(inkl. MwSt.). Einzelheft: € 28,-
(inkl. MwSt.). Versandkosten jew-
eils zuzüglich. Die Rechnungs-
stellung erfolgt zu Beginn eines
Bezugszeitraumes. Nicht einge-
gangene Exemplare können nur in-
nerhalb von 6 Wochen nach dem Er-
scheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestitelei und -register sind nur
noch mit dem jeweiligen Heft liefer-
bar.

Bestellungen über jede Buchhandlung
und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (089) 3 81 89-750,
Telefax: (089) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor
Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns
rechtzeitig Ihre Adressenänderungen
mit. Dabei geben Sie bitte neben dem
Titel der Zeitschrift die neue und die
alte Adresse an.

**Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Post-
dienste-Datenschutzverordnung:** Bei
Anschriftenänderung des Beziehers
kann die Deutsche Post AG dem Ver-
lag die neue Anschrift auch dann
mitteilen, wenn kein Nachsendean-
trag gestellt ist. Hiergegen kann der
Bezieher innerhalb von 14 Tagen
nach Erscheinen dieses Heftes beim
Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien
GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-
Straße 1, 86399 Bobingen.

AKTUELL

6 Es geht uns zu gut!

Ein Kommentar von Michael Pisecky.

8 Steigende Zahlen bei Käufen im mittleren Preissegment

Transaktionen von Eigentumswohnungen steigen stark

9 Immo-App des Monats: Casavi

Die Kommunikation mit Bewohnern von Objekten wird zunehmend online geführt.

THEMA

12 Heterogene Entwicklungen

Der Immobilienring IR durchleuchtete den heimischen Markt.

14 Steuerreform 2015/2016 bremst Investitionsmotor „Immobilie“

Die rückwirkende Verlängerung von Abschreibungszeiträumen und die Erhöhung der nicht abschreibbaren Bodenanteile in Ballungszentren bremsen Investitionen um rund 100 Millionen Euro.

18 Fünf Minuten nach zwölf

Ein Kommentar von Hans Jörg Ulreich.

40 Eine Frage der Versicherung

Vor allem Hausverwaltern wird bezüglich der Gebäudeversicherung Know-how und viel Zeit abverlangt.

42 „Jedes Gebäude ist einzigartig!“

Architekt Dieter Hayde von HD Architekten erklärt im OIZ-Interview, worauf es bei der Sanierung von Büroimmobilien tatsächlich ankommt.

44 Wiener Zinshausmarkt: 2015 mehr als eine Milliarde Euro Umsatz

Die erzielten Preise für Wiener Zinshäuser steigen deutlich. Aktuell wird keines unter 1000 Euro pro Quadratmeter verkauft.

46 Aktuelle Wohn-Trends in Niederösterreich

Der erweiterte Speckgürtel ist bei Immobiliensuchenden nach wie vor am beliebtesten. Auch Mödling und Wiener Neustadt werden zunehmend interessanter.

48 Asset Deal versus Share Deal aus Sicht des Käufers

Ein Steuertipp von TPA Horwath.

COVERSTORY

36 Ab an den Verhandlungstisch!

Wohnbau-Profis sind für Finanzierungsinstitute attraktive Kunden. Der Verhandlungsspielraum ist groß, vor allem bei den Nebenkosten.

KÄRNTEN SPECIAL

16 El Dorado für leistbare Ferienimmobilien

In diversen Kärntner Ski- und Seengebieten sind Kleinwohnungen bereits ab moderaten 40.000 Euro zu haben.

TIPPS & EVENTS

49 Seminar

Am 2. Juni geht es in Innsbruck um „WEG in der Praxis“.

50 Praktiker-Workshop

„Kapitalaufbringung für Immobilien – regulatorische und andere Fallen“ lautet das Thema am 8. Juni in Wien.

RECHT & SERVICE

21 Vorwort von Bundesobmann Mag. Georg Edlauer

23 Dank des neuen GrEst-Portals die Grunderwerbsteuer im Griff

Mit www.grest.at ermöglicht der Fachverband die rasche und einfache Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage.

24 Rechtsfragen aus der Praxis

Mag. Rudolf North, Geschäftsführer der Fachgruppe Wien, antwortet.

26 Neues vom OGH

In den vergangenen Wochen traf der Oberste Gerichtshof wieder einige für die Immobilienbranche relevante Grundsatzzentscheidungen.

30 Serviceindizes

34 Wie Drohnen die Inspektion von Gebäudefassaden und Brücken erleichtern

Die American Society for Testing and Materials ASTM entwickelt dazu spezielle Standards.

der gemeinrechtliche Haushalt

05 Fachzeitschrift
2016 für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
das gesamte kommunale Abgabenrecht

117. Jahrgang

Inhalt

Aufsätze

Philip Cordes, Master of Business Administration, Stadt Dortmund
und

Prof. Dr. Franz Willy Odenthal, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und FH
Dortmund,

Risiko- und Chancenmanagement im Gesamtabschluss – Ganzheitliche Konzern-
steuerung als Idealzustand mittels der Instrumente des Risiko- und Chancenmanagements
sowie des Gesamtabschlusses 97

Lars Martin Klieve, Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Essen,
Handlungsfähigkeit sichern – Zukunft gestalten 104

Prof. Dr. Adelheid Zeis, Wirtschaftsprüferin, Steuerberaterin und Studiengangsleiterin
an der Frankfurt University of Applied Sciences
Neues zur Kapitalflussrechnung im kommunalen Gesamtabschluss in Hessen 113

Aus der Rechtsprechung 114

Buchbesprechung 119

Gegründet 1922 von H. Reinach (Hrsg. bis 1934), Hrsg. seit 1934 C. Boettcher, bis 1936 mit W. Ehrhard, ab 1958 mit D. Leibrecht (1963 bis 1970 Alleinhrg.). Mithrsg. waren E. Becker, O. Bühler, H. Dorn, R. Grabower, A. Hensel, O. Kahn, L. Mirre, J. Popitz, A. Prügger, O. Viehl, F. Zitzlaff.

Hrsg. 1971 bis 1973: K. H. Friauf, K.-H. Hansmeyer, G. Mann, G. Rose, G. Schmolders, K. Tipke; 1974 bis 1988: K. Tipke; 1989 bis 2014: Joachim Lang. Mithrsg. waren Dieter Birk, Karl Heinrich Friauf, LL.M., Norbert Herzig, Paul Kirchhof, Heinrich Wilhelm Kruse, Heinz-Jürgen Pezzer, Wolfram Reiß, Dieter Schneider, Joachim Schulze-Osterloh, Hartmut Söhn, Klaus Tipke, Franz W. Wagner, Franz Wassermeyer u.a.

GESCHÄFTSFÜHRENDE HERAUSGEBERIN: Prof. Dr. Johanna Hey, Institut für Steuerrecht der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln; Tel. 02 21/4 70 22 71.

MANUSKRIPTEINSENDUNGEN: per Mail an StuW@otto-schmidt.de, Redaktionsschluss jeweils zum 15.12., 15.3., 15.6., 15.9.

VERLAG: Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ERSCHEINUNGSWEISE: Die Hefte erscheinen jeweils zum 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11.

BEZUGSPREIS: Jahresabonnement 289 €, Einzelheft 96,40 €. Alle Preise verstehen sich inkl. gesetzlicher MwSt. sowie zzgl. Versandkosten. Die Rechnungsstellung erfolgt jährlich zu Beginn des Bezugszeitraumes für das aktuelle Kalenderjahr (ggf. anteilig).

BESTELLUNGEN: bei jeder Buchhandlung und beim Verlag. Kündigungstermin für das Abonnement 6 Wochen vor Jahresschluss.

REKLAMATIONEN: bei Ihrer Buchhandlung bzw. beim Verlag.

REZENSIONS-EXEMPLARE sind nur auf Anforderung erwünscht.

ANZEIGENVERKAUF: sales friendly Verlagsdienstleistungen, Pfaffenweg 15, 53227 Bonn, Tel. 0228/97898-0, Fax 0228/97898-20, E-Mail: media@sales-friendly.de, gültig ist die Preisliste 36 vom 1.1.2016.

URHEBER- UND VERLAGSRECHTE: Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

1. Manuskripte werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen. Der Autor versichert, über die urheberrechtlichen Nutzungsrechte an seinem Beitrag einschließlich aller Abbildungen allein verfügen zu können und keine Rechte Dritter zu verletzen. Mit Annahme des Manuskripts (Aufsatz, Bearbeitung, Leitsatz) gehen für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht vom Autor auf den Verlag über, jeweils auch für Übersetzungen, Nachdrucke, Nachdruckgenehmigungen und die Kombination mit anderen Werken oder Teilen daraus. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung und Verbreitung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer, elektronischer und anderer Verfahren einschließlich CD-ROM und Online-Diensten.

2. Dieser urheberrechtliche Schutz gilt auch für Entscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie redaktionell oder vom Einsender redigiert bzw. erarbeitet wurden.

3. Jede vom Urheberrechtsgesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedarf vorheriger schriftlicher Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Mikroverfilmung und Einspeicherung, Verarbeitung bzw. Wiedergabe in Datenbanken oder anderen elektronischen Medien und Systemen. Fotokopien dürfen nur als Einzelkopien für den persönlichen Gebrauch hergestellt werden. Das Zitieren von Rezensionen ist in vollem Umfang erlaubt.

DRUCK: rewi, Wissen.

Abhandlungen

J. Lang Steuergerechtigkeit 101

Unternehmensbesteuerung

- P. Velte
M. Stawinoga Handels- und steuerbilanzielle (Teil-)Gewinnrealisierung bei (langfristigen) Werkverträgen 118
- S. Eichfelder
C. Neugebauer Gemischt genutzte Kraftfahrzeuge bei Gewinneinkünften: Steuerlich optimale Ausübung von Pauschalierungs- und Zuordnungswahlrechten 134
- S. Kudert
K. Mroz Die Betriebsaufspaltung im Spannungsverhältnis zwischen gesetzlichen Regelungen und richterlicher Rechtsfortbildung 146
- C. Kahlenberg
A. Kopec Vermeidung von Qualifikationskonflikten im Rahmen der Mutter-Tochter-Richtlinie: Plädoyer für eine Legaldefinition des Begriffs der Gewinnausschüttung zur Begrenzung des bestehenden Korrespondenzprinzips 159
- T. Hagemann Wider die No-Floating-Income-Theorie im Abkommensrecht 172

Energiebesteuerung

M. Rodi
E. Gawel
A. Purkus
A. Seeger Energiebesteuerung und die Förderziele der Energiewende – Der Beitrag von Energie- und Stromsteuern zur Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz 187

Rezension

P. Kirchhof Festschrift für Jens Peter Meincke zum 80. Geburtstag 200

Diskussion

Aus der internationalen Diskussion 202

Teresa Weber

**Das Freizügigkeitsrecht –
ein unterschätztes Grundrecht?**

99

Rechtsprechung**► Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte**

- ▶ **Art. 2 EMRK**
F. G. gg. Schweden (GK) (23.3.2016) 105
- ▶ **Art. 3 EMRK**
Murray gg. die Niederlande (GK) (26.4.2016) 110
- ▶ **Art. 5 EMRK**
Klinkenbuß gg. Deutschland (25.2.2016) 115
Blokhin gg. Russland (GK) (23.3.2016) 118
- ▶ **Art. 6 EMRK**
Prade gg. Deutschland (3.3.2016) 126
Helmut Blum gg. Österreich (5.4.2016) 129
Entscheidungsanmerkung Kieber 133
- ▶ **Art. 8 EMRK**
Kahn gg. Deutschland (17.3.2016) 134
R. B. gg. Ungarn (12.4.2016) 138
Buchleither gg. Deutschland (28.4.2016) 143
- ▶ **Art. 9 EMRK**
İzzettin Doğan u.a. gg. die Türkei (GK) (26.4.2016) 145
- ▶ **Art. 10 EMRK**
Bédat gg. die Schweiz (GK) (29.3.2016) 152
- ▶ **Art. 14 EMRK**
Çam gg. die Türkei (23.2.2016) 156
Pajić gg. Kroatien (23.2.2016) 159
Novruk u.a. gg. Russland (15.3.2016) 162
- ▶ **Art. 35 EMRK**
Batista Laborde gg. Österreich (ZE) (2.2.2016) 168
- ▶ **Art. 2 4. Prot. EMRK**
Garib gg. die Niederlande (23.2.2016) 170
Weitere Urteile und Entscheidungen des EGMR 174

► Gerichtshof der Europäischen Union

- ▶ **Art. 3 EMRK, Art. 4, 6, 48, 52 GRC, Rahmenbeschluss 2002/584/JI**
C-404/15 und C-659/15 PPU v. 5.4.2016 (GK)
(Pál Aranyosi und Robert Căldăraru)
Aufschiebung der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls wegen
Haftbedingungen im Ausstellungsstaat 183
- ▶ **Art. 23, 26 GFK, RL 2011/95/EU**
C-443/14 und C-444/14 v. 1.3.2016 (GK)
(Kreis Warendorf gg. Alo und Osso gg. Region Hannover)
Wohnsitzauflage für subsidiär Schutzberechtigte 187



in Verbindung mit

Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Buergenthal, GWU, Washington, DC; vorm. Richter am IGH; vordem Präsident des IAGMR, San José
 Dr. h. c. Hans Danelius, vorm. Richter am Obersten Gerichtshof, Stockholm, und am VerfGH von Bosnien-Herzegowina, Sarajevo
 Prof. Dr. Dr. h. c. Jochen Abr. Frowein, vorm. Vize-Präsident der Europ. Komm. f. Menschenrechte, vorm. Direktor am MPI, Heidelberg
 Prof. Dr. Dr. Christoph Grabenwarter, Wirtschaftsuniversität Wien, Richter am Verfassungsgerichtshof, Wien
 Prof. Dr. Constance Grewe, Professorin an der Université de Strasbourg; Richterin am Verfassungsgerichtshof von BiH, Sarajevo
 Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien
 Dr. h. c. Renate Jaeger, vorm. Schlichterin für die Rechtsanwaltschaft, Berlin; vorm. Richterin am EGMR; vordem Richterin des BVerfG
 The Right Hon. Lord Mance, Richter am Supreme Court of the United Kingdom, London
 Prof. Dr. Jörg Paul Müller, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern
 Prof. Dr. Dr. h. c. Gil Carlos Rodríguez Iglesias, vorm. Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg
 Prof. Dr. László Sólyom, vorm. Präsident der Republik Ungarn; vordem Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Budapest
 Prof. Dr. Dr. h. c. Christian Tomuschat, Professor für öffentl. Recht, insb. Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin

Herausgegeben von Dr. h. c. Norbert Paul Engel Schriftleitung Rechtsanwältin Dr. h. c. Erika Engel

1. Aufsätze

- Eberhard Schmidt-Aßmann**, Heidelberg
 Einheit und Kohärenz der europäischen Mehrebenenrechtsordnung 85
- Kathleen M. Wolter**, Berlin
 Parteiverbote in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 92

2. Entscheidungen

- EGMR – 10. 6. 14 – Erniedrigende Haftbedingungen in rumänischem Gefängnis / Über vier Jahre in überbelegter Zelle / Verletzung von Art. 3 EMRK / *Burlacu gegen Rumänien* 104
- EuGH – 5. 4. 16 – Ablehnung des Vollzugs eines Europäischen Haftbefehls / Haftbedingungen im Ausstellungsstaat (Ungarn, Rumänien) / Rsn. *Aranyosi und Căldăraru* 107
- EuGH – 25. 2. 16 – Ausschluss von EU-Ausländern von bestimmten Sozialleistungen (in Deutschland) während der ersten drei Monate zulässig / Rs. *García-Nieto u.a.* 115
- EuGH – 17. 3. 16 – Zurückweisung oder Ausweisung in einen sicheren Drittstaat (hier: eines Pakistans von Ungarn nach Serbien) / Zulässigkeitskriterien / Rs. *Mirza* 120
- EuGH – 15. 2. 16 – Haft für mehrfach straffälligen Asylbewerber (in den Niederlanden) trotz eines noch nicht erledigten vierten Asylantrags zulässig / Rs. *J. N.* 126
- EuGH – 1. 3. 16 – Wohnsitzauflage für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz bei Bezug bestimmter Sozialleistungen (in Deutschland) / Rsn. *Alo und Osso* 134
- EuGH – 25. 2. 16 – Arbeitnehmerschutz für griechische Seeleute auch auf ausgeflaggtem Schiff einer griechischen Reederei / Rs. *Stroumpoulis u.a.* 139
- BGer – 11. 11. 15 – Schadenersatz für Spätfolgen nach Kontakt mit Asbest / Revision des BGer-Urteils, das Verjährung festgestellt hatte / Umsetzung des 2014 ergangenen EGMR-Urteils im Fall Howald Moor et autres c. Suisse mit Anm. Dold 146/148
- BVerfG – 20. 4. 16 – **Ermittlungsbefugnisse des BKA zur Terrorismusbekämpfung teilweise verfassungswidrig** / • Urteil / • Abw. M. Eichberger / • Abw. M. Schluckebier ... 149/189/191
- BVerfG – 19. 4. 16 – Kein absoluter Anspruch auf Kenntnis der eigenen Abstammung 196
- BVerfG – 15. 12. 15 – Keine verfassungsrechtliche Pflicht zur uneingeschränkten Befolgung aller völkerrechtlichen Normen (hier: Doppelbesteuerungsabkommen mit der Türkei) / • Beschluss / • Abw. M. König 206/219
- BVerfG – 16. 12. 15 – Neuregelung der Arbeitsvergütung für Strafgefangene in Rheinland-Pfalz 223

3. Dokumentation

- EuG – 13. 4. 16 – Erste Etappe der Verdoppelung der Richterzahl beim Gericht der EU (EuG) 225

4. Laufende Verfahren

- BVerfG – 21. 12. 15 – Strafbarkeit geschäftsmäßiger Förderung der Selbsttötung / EAO abgelehnt 226





European Human Rights Law Review

Issue 3 2016

Table of Contents

Opinion

- Five Ideas to Fight For
Anthony Lester 231

- Bulletin** 244

Articles

- Same-sex Unions at the Strasbourg Court in a Divided Europe: Driving Forward Reform or Protecting the Court's Authority via Consensus Analysis?
Helen Fenwick 248

- Bulletin on the EU Charter of Fundamental Rights—An Introduction (Part 2)
Cian C. Murphy 273

- The UK and the European Courts: Has the Incoming Tide Become All Washed Up?
Paul Harvey 283

Case Analysis

- L.E. v Greece*: Human Trafficking and the Scope of States' Positive Obligations under the ECHR
Dr. Vladislava Stoyanova 290

Case and Comment

- L.E. v Greece* 301

- Bărbulescu v Romania* 304

- Genner v Austria* 307

- Meier v Switzerland* 311

- Boris Kostadinov v Bulgaria* 313

- Dallas v United Kingdom* 317

- Albrechtas v Lithuania* 319

- Vrountou v Cyprus* 322



ÉDITORIAL

De Luxleaks au plan d'action de lutte contre l'évasion fiscale des multinationales
par Catherine Prieto 3

DOSSIER

La réforme du droit d'asile. Regards croisés sur la transposition des directives « Procédures » et « Accueil ». Actes du colloque du 9 octobre 2015 (Université Rennes I, IDPSP/Barreau de Rennes)
Sommaire & introduction,
par Jacques Petit, Thibaut Fleury Graff et Gaëlle Le Strat 7

L'urgence de la réforme : la demande d'asile dans le contexte géopolitique
par Alexis Marie 11

De quelques paradoxes de la directive « Procédures ». Aspects de droit européen
par Brunessen Bertrand 21

La réforme des procédures applicables en matière de droit d'asile : une avancée pour les demandeurs ?
par Alexandre Aslanian 35

La directive 2013/33/UE : la réforme de l'« accueil » des « personnes demandant la protection internationale » dans un État membre de l'Union européenne
par Emmanuelle Saulnier-Cassia 43

Le contenu de la réforme : le droit au maintien sur le territoire
par Gaëlle Le Strat 55

L'arrêt *H. T.* : la Cour de justice entre protection et déconstruction des droits garantis aux réfugiés
par Perrine Dumas 61

CHRONIQUES

Chronique de fiscalité
par Dominique Berlin 77

L'action extérieure de l'Union européenne sous la responsabilité de Isabelle Bosse-Platière et Catherine Flaesch-Mouglin 113

Jurisprudences nationales intéressant le droit de l'Union européenne sous la direction de Emmanuelle Saulnier-Cassia 143

Marché intérieur sous la direction de Anne-Lise Sibony 169

BIBLIOGRAPHIE

Ouvrages reçus et ouvrages commentés 207



Les ouvrages commentés sont accessibles gratuitement sur le site Dalloz Revues, dans la version feuilletable de la RTDEur.



Journal of Business Law

Issue 4 2016

Table of Contents

Articles

Incontestability Provisions in Insurance Law and Policies <i>Dr Zhen Jing and Dr Ming Zhong</i>	253
A Comparative and Normative Analysis of the Remoteness Test in the Availability of Significant Remedies in International Sales Transactions <i>Reza Beheshti</i>	289
Duties Owed by Shadow Directors: Closing in on the Puppet Masters? <i>Simon Witney</i>	311
Tensions in Private Law Judicial Decision-Making: A Case Study on the Illegality Defence <i>Ernest Lim</i>	325
The Compensatory Principle: A Golden Victory for a New Certainty <i>Man Yip and Yihan Goh</i>	335

SBR

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-26/Beil.

Schmalenbach Business Review



Managing Editor
Alfred Wagenhofer

Editorial
A. Wagenhofer 1

Editors
Wolfgang Ballwieser
Marina Fiedler
Karen Gedenk
Andreas Herrmann
Martin Natter
Rainer Niemann
Arnold Picot
Jörg Rocholl
Ulrich Schreiber
Thorsten Sellhorn
Martin Spann
Erik Theissen
Marliese Uhrig-Homburg

Valuation: The State of the Art
S. Penman 3

Banks' Specialization versus Diversification in the Loan Portfolio. New Evidence from Germany
N. Jahn · C. Memmel · A. Pfungsten 25

Effects of Celebrity Endorsers for Multiple Brands on Attitudes and Purchase Intentions
C. Erfgen · H. Sattler · I.V. Villeda 49

The Dark Side of Tight Financial Control: Causes and Remedies of Dysfunctional Employee Behaviors
S. Goebel · B.E. Weißenberger 69

Informal Managerial Networks and Formal Firm Alliances. A Multilevel Investigation in Biotech
J. Brennecke · I. Schierjott · O. Rank 103


Schmalenbach-Gesellschaft
für Betriebswirtschaft e.V.

 Springer

37. Jahrgang
Heft 19
13. Mai 2016

Herausgeber:
RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:
Prof. Dr. Holger Altmeyen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlöcker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuG: Staatliche Beihilfen im EEG 2012	A 37	Nr. 143
BGH: Insolvenzabhängige Lösungsklausel in VOB-Bauvertrag wirksam	A 37	Nr. 144
BGH zum Nachweis des Erbrechts	A 37	Nr. 145
BGH zur Staatenimmunität	A 37	Nr. 146
BGH zu Schiedsklausel in Investitionsschutzabkommen	A 38	Nr. 147
BTag: Finanzmarktnovelle beschlossen	A 38	Nr. 148
RegE: Elektronische Akte im Strafprozess	A 38	Nr. 149

Aufsätze

<i>Thomas Liebscher</i> <i>Ben Steinbrück, Mannheim</i>	Die Präklusion verspäteter Erweiterungsanträge im Kapitalanleger- Musterverfahren nach § 15 KapMuG	893
<i>Christoph Teichmann, Würzburg</i>	Mitbestimmungserstreckung auf Auslandsgesellschaften	899

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH 22. 3. 2016 – XI ZR 93/15	Keine Pflicht des Anlegers zur Bezifferung des anfänglichen negativen Marktwerts des Swaps im Prozess gegen die beratende Bank	908
-------------------------------	---	-----

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Such-
funktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

OLG 30. 3. 2016 – 9 U 171/15
Stuttgart **Keine Kündigung eines Bausparvertrags 10 Jahre nach Zuteilungsreife . . .** 910

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

OLG 30. 3. 2016 – I-3 Wx 54/16
Düsseldorf Nachweis der rechtsgeschäftlichen Vertretungsbefugnis des Gründungs-
gesellschafters durch Notarbescheinigung 916

OLG 5. 2. 2016 – 21 W 69/14
Frankfurt/M. Zur marktorientierten Unternehmensbewertung bei einem gekündigten
Unternehmensvertrag 918

OLG 12. 1. 2016 – 6 U 123/13
Brandenburg **Zur Haftung des Sanierungs-Geschäftsführers für Zahlungen nach
Insolvenzreife** 923

Vertrags- und Haftungsrecht

OLG 7. 8. 2015 – 2 U 107/14
Stuttgart Zum Folgenbeseitigungsanspruch bei unwirksamen AGB-Klauseln 927

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH 17. 3. 2016 – IX AR (VZ)
2/15 **Ortsnähe und Erreichbarkeit keine geeigneten Auswahlkriterien
für die Insolvenzverwalter-Vorauswahlliste** 930

BGH 17. 3. 2016 – IX AR (VZ)
5/15 **Keine Ablehnung der Aufnahme eines berufserfahrenen Insolvenz-
verwalters in die Vorauswahlliste nur wegen zwei Fehlern** 935

OLG 22. 4. 2016 – 13 W 69/16
Dresden Keine PKH für den gemeinsamen Vertreter der Schuldverschreibungs-
gläubiger 939

OLG 14. 12. 2015 – I-26 W 17/14
Düsseldorf (AktE) **Vergütungsanspruch des gemeinsamen Vertreters im Spruchverfahren
als Masseverbindlichkeit** 940

Wettbewerbs- und Kartellrecht

BGH 1. 12. 2015 – X ZR 170/12 **Haftung des beratenden Rechtsanwalts auf Schadensersatz wegen unbe-
rechtigter Abmahnung („Unberechtigte Schutzrechtsverwarnung II“)** 944

BGH 5. 11. 2015 – I ZR 182/14 Zur Werbung mit einem durchgestrichenen Preis im Internethandel
(„Durchgestrichener Preis II“) (LS) 948

ZIP



GESETZGEBUNG	III
INFO AKTUELL – WIRTSCHAFTSRECHT	305
INFO AKTUELL – ARBEITS-, SOZIAL- UND STEUERRECHT	306
WIRTSCHAFTSRECHT	
Hubertus Schumacher: Ausfallbürgen und materielle Insolvenz	307
Clemens Thiele: Designschutz für Innenarchitektur – von Flagship-Stores und chinesischen Plagiaten	311
Thomas Grundner/Peter Neuböck: Videokonferenzen im Aufsichtsrat – eine Bestandsaufnahme	316
JUDIKATUR	
» SCHULDRECHT	
Anlegerschaden – Prüfbericht der OeNB	320
» KONSUMENTENSCHUTZ	
Verbandsklage – unzulässige AGB eines Fitnessstudios	320
Verbandsklage: Gutscheine-Plattform – Rücktritt und Umtausch	322
Verbandsklage zu AGB einer Bank – Urteilsveröffentlichung	323
Kreditvertrag: Keine Angabe der Gesamtbelastung	323
» PRIVATSTIFTUNGSRECHT	
Privatstiftung: Zulässigkeit einer Substiftung?	324
» WETTBEWERBSRECHT	
UWG: Verjährung von Unterlassungsansprüchen	325
Irreführung: „Kilometerbank“ eigentlich nur Prepaid-Karte	326
Wettbewerbsverletzung durch Altkleider-Sammlung	326
Keine Wettbewerbsverletzung durch private Rettungsdienste	327
» VERSICHERUNGSRECHT	
Rechtsschutzversicherung: Streitwertobergrenze	328
» INSOLVENZRECHT	
Hypothekarklage des Absonderungsgläubigers	328
Nachweis der Zahlungsunfähigkeit durch Prima-facie-Beweis?	329
Insolvenzordnung – genehmigungspflichtige Geschäfte	330
GmbH: Insolvenzantrag bei kollektiver Vertretungsberechtigung	330
» VERFAHRENSRECHT	
Verwaltungsgerichte: Bindung der Zivilgerichte	331
VfGH: Beschränkung der Antragsbefugnis beim Parteiantrag?	332
» INTERNATIONALES VERFAHRENSRECHT	
Staatsanleihen: Klage gegen Staat – internationale Zuständigkeit	332

»ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT

OGH: Anfechtung des Glücksspielmonopols beim VfGH	333
VwGH: GSpG mit EU-Recht vereinbar	334

ARBEITSRECHT

Wolfgang Kozak: Kein Wohnsitz im Inland – kein nationaler Gerichtsstand	335
Andreas Gerhartl: Anforderungen an wirksame Stellungnahmen im betrieblichen Vorverfahren	339

JUDIKATUR**»ALLGEMEINES ARBEITSRECHT**

Hauptberufliche und ehrenamtliche Tätigkeit für denselben Arbeitgeber	342
KollV-Arbeitskräfteüberlassung: Mindestlohn und Zulagen für an ein Krankenhaus überlassene Arbeiter	342
KollV-Arbeitskräfteüberlassung: Referenzzuschlag bezieht sich auf Mindestlohn des Beschäftigter-KollV	343
Nachtschwerarbeit in Krankenanstalten	344
Kein Rückersatz bloßer Fortbildungskosten	344
Unwirksame Kündigung: Ansatz von Aufwendungen bei Entgeltanrechnung	344
Umgehung von Kontrollmechanismen – personenbezogene Kündigung	345

»SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Berufsunfähigkeitspension für Personenschützer?	346
Prüfung der Invalidität: Berücksichtigung therapeutischer Maßnahmen?	346
Verschlechterungsverbot im sozialgerichtlichen Verfahren	346
Dienstverhältnis und Werkvertrag zum selben Arbeitgeber	346

STEUERRECHT

Nikolaus Zorn: Gruppenbedingtes versus einlagenbedingtes Teilwertabschreibungsverbot	347
Reinhold Beiser: Offene Verbindlichkeiten in der Liquidation einer Körperschaft	353
VwGH zur Rücklagenbildung beim Wechsel der Gewinnermittlungsart	356
Bernhard Renner: Außergewöhnliche Belastung: Kosten der Unterbringung im Einbettzimmer eines Spitals zwangsläufig?	357
Werner Doralt: Der Lift bei einer Mietwohnung als außergewöhnliche Belastung	360
Helene Hayden/Tobias Hayden: Kreditkartenzahlung: Der Zeitpunkt des steuerlichen Zu- und Abflusses	361
»PRAXISFALL AUS DEM BUNDESWEITEN FACHBEREICH EST/KST	
Christian Hammerl: Steuerliche Behandlung von Ausschüttungen einer Jagdgenossenschaft	366
VwGH zu Schwarzlöhnen als Brutto- oder Nettobezug	367
VwGH zur Rechnungsberichtigung nach Rückgängigmachung eines Kaufes	368
Mario Mayr: Umsatzsteuer – Aktuelle Fragen zum Steuersatz	370

IMPRESSUM

376



Inhalt

Aufsätze

- B.-W. Schmitz/U. H. Schneider*, Die Gründung von Briefkastengesellschaften als Beratungspflicht für Anwälte und Leitungsaufgabe für das Management? – Rechtsfolgenvermeidung als Organpflicht? 561
- M. Gehrlein*, Leitung einer juristischen Person durch juristische Person? 566
- R. Stangl*, Klagen gegen den Akzessorietätsverlauf – Prozesstaktiken und Prozessrisiken bei einer GbR 568
- M. Backes/J. Knop*, 7. Praktikerseminar auf dem Österberg 572

Bericht

- J. Bremer*, Neuere Entwicklungen aus Brüssel – EU-Kommission veröffentlicht Richtlinienvorschlag zur Steuertransparenz – Umsetzung und Ausgestaltung der EU-Nachhaltigkeitsrichtlinie nimmt Form an 578

Zur Rechtsprechung

- F. Burmeister/K. Schmidt-Hern*, Beurkundungsbedürftigkeit des Zustimmungsbeschlusses bei einer Veräußerung des gesamten Vermögens einer Personengesellschaft? 580

Mitteilungen

- B. Sangmeister*, Haarmann Steuerkonferenz 2016 583

Rechtsprechung

Personengesellschaftsrecht

- OLG Düsseldorf 28. 1.16 – I-3 Wx 21/15 Nachweis der Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers der Komplementär-GmbH nach Liquidation 584
- OLG Hamm 13. 1.16 – 8 U 115/15 Keine isolierte Durchsetzung von Zahlungsansprüchen zwischen GbR und früherem Gesellschafter (Ls.) 586

Kapitalgesellschaftsrecht

- OLG Celle 11. 2.16 – 9 W 10/16 Exakte Nennung der GmbH-Gründungskosten in der Satzung zur Abwälzung auf die Gesellschaft 586
- OLG Düsseldorf 15. 1.15 – I-6 U 48/14 Voraussetzungen der Anwendbarkeit der Business Judgment Rule bei Vorstandsmitglied (Ls.) 587
- OLG Köln 3.11.15 – 28 Wx 12/15 Verhängung eines Ordnungsgeldes auf Grund Nichtoffenlegung des Jahresabschluss auch gegen Unternehmungsgesellschaft (Ls.) 587

Kapitalmarktrecht

- BGH 7. 4.16 – VII ZB 14/15 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss bei sammelverwahrter Inhaberschuldverschreibung 588
- OLG Stuttgart 6. 4.16 – 14 U 2/15 Widerruf des Beitritts zu einer Publikumsgesellschaft auch während Gesellschaftsliquidation (Ls.) 589

OLGDüsseldorf	26. 11. 15 – I-10 W 120/15	Keine kostenrechtlich unrichtige Sachbehandlung bei Beurkundung des Gesellschaftsbeschlusses über die Veräußerung des gesamten KG-Vermögens	589
---------------	----------------------------	---	-----

Arbeitsrecht

BAG	17. 12. 15 – 6 AZR 186/14	Insolvenzanfechtung – Entgeltzahlungen während der Freistellung	590
-----	---------------------------	---	-----

Steuerrecht

BFH	20. 10. 15 – VIII R 40/13	Testamentarisch angeordnete Verzinsung als Einkünfte aus Kapitalvermögen	594
BFH	3. 11. 15 – VIII R 63/13	Mitunternehmerstellung im Rahmen einer Freiberuflerpraxis	596
BFH	3. 11. 15 – VIII R 62/13	Gewerblichkeit einer freiberuflichen Ärzte-GbR	600
BFH	21. 10. 15 – IV R 43/12	Keine Zusammenfassung von Feststellungen für doppelstöckige Personengesellschaft (Ls.)	600

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.;
Telefon: (0 69) 75 60 91-0;
Telefax: (0 69) 75 60 91-49;
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte:

Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2016: Jährlich € 395,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 369,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 14,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

Herausgeber

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt
in Verbindung mit
Prof. Dr. Walter Bayer
Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu
RegDir. Ralf Neumann
RA Prof. Dr. Jochem Reichert

**Gesellschafts-
und Steuerrecht
der GmbH
und GmbH & Co.**

Inhalt
107. Jahrgang
Heft 10/2016

Herausgeber-Beirat

Prof. Dr. Georg Crezelius
Prof. Dr. Detlef Kleindiek
Notar Dr. Thomas Wachter
RA/StB Dr. Götz Tobias Wiese

Aufsätze und Beiträge

Prof. Dr. Walter Bayer

Die Geltendmachung von Sozialansprüchen der GmbH durch den ausgeschiedenen Gesellschafter. Rechtsfortbildung durch die Entscheidung des OLG Düsseldorf vom 10.3.2016 – I-6 U 89/15

505

Dr. Philipp Bacher / Wolfram von Blumenthal

Der Zustimmungsvorbehalt für Geschäftsführungsmaßnahmen in der Satzungsgestaltung

514

Dr. Sylko Winkler

Heilung einer anfänglich nichtigen Abfindungsregelung in der GmbH-Satzung und ihre Rechtsfolgen

519

Markus Suchanek / Wolfgang Klopsch

Fehlerhafte Bilanzansätze und tatsächliche Durchführung eines Gewinnabführungsvertrags. Zugleich Anmerkung zu FinMin. Schleswig-Holstein v. 22.2.2016 – VI 3011 - S 2770-086

524

Rechtsprechung Gesellschaftsrecht

Gesellschafter: Sozialversicherungspflicht einer Gesellschafterin und leitenden Angestellten mit 40 %-Anteil trotz Stimmbindungsvertrags zwischen den Gesellschaftern (BSG v. 11.11.2015 – B 12 KR 13/14 R)

528

Gesellschafter: Sozialversicherungspflicht eines Minderheitsgesellschafter-Geschäftsführers mit 30 %-Anteil trotz Darlehensgewährung an die GmbH und Vetorechts gegen mehrheitlich gefasste Gesellschafterbeschlüsse (BSG v. 11.11.2015 – B 12 KR 10/14 R)

533

Gesellschafter: Sozialversicherungspflicht eines Minderheitsgesellschafters und leitenden Angestellten mit 6 %-Anteil trotz getrennter Stimmrechtsübertragung (BSG v. 11.11.2015 – B 12 R 2/14 R)

537

**Der GmbHR-Kommentar
von Dr. Ulrich Brötzmann**

541

Prozess der GmbH: Geltendmachung von Ersatzansprüchen an die GmbH durch ausgeschiedenen Gesellschafter im Wege der actio pro socio (OLG Düsseldorf v. 10.3.2016 – I-6 U 89/15)

542

Prozess der GmbH: Bestimmung eines Vertreters der Gesellschaft in Rechtsstreit gegen Geschäftsführer (BGH v. 2.2.2016 – II ZB 2/15)

545

Rechtsprechung Steuerrecht

Körperschaftsteuererhöhung: Verfassungsmäßigkeit der ausschüttungsunabhängigen Nachbelastung des Endbestands des EK 02 und der „Verschönerungsregelung“ des § 34 Abs. 16 KStG 2002 i.d.F. des JStG 2008 (BFH v. 28.10.2015 – I R 65/13)

546

**Der GmbHR-Kommentar
von Prof. Dr. Burkhard Binnewies**

552

Körperschaftsteuerlicher Verlustabzug: Verlust der wirtschaftlichen Identität bei konzerninterner Aufwärtsverschmelzung (BFH v. 14.10.2015 – I R 71/14)

553

Körperschaftsteuerfestsetzung: Kein Wechsel des beklagten Finanzamts infolge der Sitzverlegung der klagenden GmbH (BFH v. 2.12.2015 – I R 3/15)

556

Auslandsbeteiligung: Währungsverluste bei Liquidation einer ausländischen (hier: US-amerikanischen) Unterpersonengesellschaft (BFH v. 2.12.2015 – I R 13/14)

557

Verwaltungsanweisungen

Organschaft: Zweifelsfragen zur Durchführungsfiktion des Gewinnabführungsvertrags nach § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 4 KStG (FinMin. Schleswig-Holstein v. 22.2.2016 – VI 3011 - S 2770 - 086 – KSt.-Kurzinformatio Nr. 3)

560

Unternehmen Sie
nichts ohne Hölters!



Jetzt Probe lesen und bestellen bei
www.otto-schmidt.de/hub8

Inhalt

IM BLICKPUNKT

Dr. Lambertus Fuhrmann / Christoph Merks

Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung: Begrenzung der Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich eines Anwaltsvertrags R 145

Unternehmensrecht

Gesellschafter ist in seinem Abstimmungsverhalten grundsätzlich frei R 149

Haftungsbeschränkung in der Vereinssatzung über §§ 31a, 31b BGB hinaus möglich R 149

Statt Bezugsurkunde nachträgliche Bestimmung der Anlagen zum M&A-Vertrag R 150

Steuer- & Bilanzrecht

Anwendbarkeit der Grundsätze des formellen Bilanzenzusammenhangs nach Realteilung einer Personengesellschaft auf Realteiler R 150

Besteuerung der Gesellschafter einer als US-LLP organisierten Anwaltssozietät nach DBA-USA 1989 R 151

Arbeits- & Sozialrecht

Offenes Abfindungsprogramm: Windhundprinzip ist zulässig R 152

Sonntagsschutz: Weihnachten kommt nicht überraschend R 152

Europa-Praxis

Verabschiedung der Richtlinie über Schutz von Know-how und Geschäftsgeheimnissen R 153

Verabschiedung der Datenschutz-Grundverordnung R 153

Privacy Shield: Entwurf der EU-Kommission für geplanten Safe-Harbor-Nachfolger R 153

Wirtschafts-Praxis

Studie zur Zukunft der deutschen Möbelindustrie R 154

Zeitschriftenspiegel

R 157

Buchbesprechung

Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts R 158

Beck'scher Bilanz-Kommentar R 158

Fiscale eenheid und Organschaft (*Dr. Wolfgang Walter*) R 158

Impressum

R 160

Dieser Ausgabe liegen folgende Prospekte bei: „Salten/Gräve, Gerichtliches Mahnverfahren und Zwangsvollstreckung“, Verlag Dr. Otto Schmidt; „10. Sommer-Kongress der Centrale für GmbH – Aktuelles Unternehmensteuerrecht in der GmbH-Beratung“; „DATEV-Bücher im Buchhandel“ und „Aktuelles M&A-Recht von C.H.BECK“.

Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Wie Aktienrechtler heute arbeiten: **AG online**

Jeder Aktienrechtler hat natürlich **Die Aktiengesellschaft (AG)**, die führende Fachzeitschrift zum Thema, abonniert.

Alles, was Sie darüber hinaus für Ihren Arbeitsalltag brauchen, können Sie als Abonnent jetzt einfach dazubuchen. Mit dem Modul **AG online** für nur 24 Euro + MwSt. pro Monat.

Sie erhalten ein erstklassiges Recherchetool, das neben der Zeitschrift auch die gewichtigen Kommentare in digitaler Form enthält sowie die renommierten Handbücher zur AG, zu Aufsichtsrat und Vorstand und speziell zur Holding auf der vertrauten Plattform von juris.



Einfach ausprobieren: **4 Wochen kostenlos**

Mehr erfahren: www.otto-schmidt.de/ag-online

juris Das Rechtsportal

ottoschmidt

BEITRÄGE

Michael Gruber: Die Versicherungsvertriebsrichtlinie – Teil 1	211
Johannes Peter Burgstaller: Einheitlicher Rahmen für Verbriefungen – Neuerungen, Änderungen und verpasste Gelegenheiten	218
Christoph Kronthaler: Die Informationspflichten des Versicherers vor Vertragsabschluss nach dem VAG 2016 – Teil 2	226

JUDIKATUR

VfGH

»VERFASSUNGSRECHT

Pflicht eines Notars, Treuhandgelder bei spezieller Bank zu hinterlegen, verfassungskonform	231
---	-----

VwGH

»WERTPAPIERRECHT

VwGH zu angemessenen Vorkehrungen iSd § 24 Abs 1 WAG sowie zu Anforderungen an Marketingmitteilungen	232
VwGH: Zurückweisung einer Revision (unerlaubte Portfolioverwaltung)	234

OGH

»VERSICHERUNGSRECHT

Michael Gruber: Versicherungsrechtliche Entscheidungen des OGH	235
---	-----

»KAPITALMARKTRECHT

Der OGH zum Verständnis des § 9 Kuratorenengesetz (Teilschuldverschreibungsgesetz)	237
OGH zur Einbehaltung der Kapitalertragsteuer	241
Anlageberatung: Beginn der Verjährungsfrist	242
Zur Haftung der Anlegerentschädigungseinrichtung bei „mittelbarem Halten“ von Kundengeldern	243
Beratungsmangel: Negativfeststellung	244
Keine Verletzung der Beratungspflicht im Hinblick auf die Risikostreuung	245

»**BANKRECHT**

Unzulässige Leistungsänderungs- und Zustimmungsfiktionsklauseln in Bank-AGB	246
Zur Haftung der kreditierenden Bank gegenüber einem unbezahlt gebliebenen Lieferanten des insolventen Kreditnehmers	247

»**BÖRSERECHT**

OGH: Kein Verstoß der OeKB gegen Ad-hoc-Meldepflicht iS M**-Zertifikate	248
---	-----

BVwG»**BANKRECHT**

BVwG: Abschöpfungszinsen wegen Grenzüberschreitungen nach BMSVG	251
BVwG: Keine aufschiebende Wirkung gegen Androhung einer Zwangsstrafe (unerlaubte Zahlungen-DL)	255

AKTUELLES»**UNIONSRECHT**

Roland Salomon: Änderung der Meldeerfordernisse hinsichtlich der Leverage Ratio im ABL der EU veröffentlicht	255
---	-----

»**BANKRECHT**

Natascha Brandstätter: Die Regierungsvorlage zum neuen Verbraucherzahlungskontogesetz	257
Nicolas Raschauer: Legitimation durch gerichtlich bestellte Treuhänder im Abschöpfungsverfahren	258

Impressum

260



Aufsätze

Dr. Jörg Schneider, M.J.I. (Gießen)

Kollektive Investitionsentscheidungen als öffentliches Angebot i.S.d. § 2 Nr. 4 WpPG

Der Begriff des öffentlichen Angebots ist ein zentraler Anknüpfungspunkt für eine Prospektpflicht nach dem Wertpapierprospektgesetz (WpPG) und zugleich einer der problematischsten Begriffe dieses Gesetzes. Der Beitrag geht zunächst der Frage nach, ob über rein individuelle Investitionsentscheidungen hinaus grundsätzlich auch kollektive Investitionsentscheidungen ein öffentliches Angebot von Wertpapieren i.S.d. § 2 Nr. 4 WpPG begründen können. Im Anschluss daran werden einzelne praxisrelevante Fallkonstellationen, wie Beschlussfassungen der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, Entscheidungen der Gläubigerversammlung nach dem Schuldverschreibungsgesetz (SchVG) oder Entscheidungen der insolvenzrechtlichen Gläubigerversammlung untersucht. Schließlich wird im gegebenen Kontext auf die Arbeiten zur neuen europäischen Prospektverordnung eingegangen.

341

RA Dr. Dirk Kocher, LL.M.

Beschließende Ausschüsse im Aufsichtsrat der dualistischen SE

Der Beitrag geht der Frage nach, ob beschließende Ausschüsse im Aufsichtsrat einer dualistischen SE einer besonderen Satzungsermächtigung bedürfen, um auch dann beschlussfähig zu sein, wenn dem Ausschuss weniger als die Hälfte der Mitglieder des Gesamtaufseherrats angehören. Er stellt den Streitstand dar und kommt zu dem Ergebnis, dass eine solche Satzungsregelung nicht erforderlich ist.

351

Kommentar

*WP Dipl.-Kfm. Santiago Ruiz de Vargas (CVA) /
RA/StB Dr. Dieter Schenk*

Anteilsbewertung im Squeeze-out-Fall bei vorliegendem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag: Barwert der Ausgleichszahlungen oder anteiliger Ertragswert? (Kommentar zu BGH v. 12.1.2016 – II ZB 25/14, AG 2016, 359)

Die Ermittlung einer angemessenen Barabfindung im Falle des Ausschlusses eines Minderheitsaktionärs

(Squeeze-out) bei vorliegendem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ist eine in der Rechtsprechung und Literatur kontrovers diskutierte Frage. Einige Stimmen plädieren dafür, dass allein der anteilige Ertragswert maßgeblich sei, andere wollen nur den Barwert der Ausgleichszahlungen ansetzen, während eine dritte Gruppe den Barwert der Ausgleichszahlungen als Wertuntergrenze ansieht und ein (erweitertes) Meistbegünstigungsprinzip einführen will. Aufgrund einer Vorlage des OLG Frankfurt hat der BGH am 12.1.2016 für die Praxis nun entschieden, dass der anteilige Ertragswert dann maßgebend ist, wenn dieser über dem Barwert der Ausgleichszahlungen liegt. Dabei hat er ausdrücklich offen gelassen, ob er im Barwert der Ausgleichszahlungen eine Wertuntergrenze sieht, und hat damit das Meistbegünstigungsprinzip (vorerst) nicht etabliert. Dieser Beitrag setzt sich mit der Entscheidung kritisch auseinander.

354

Rechtsprechung

Squeeze-out, Angemessenheit der Barabfindung

BGH v. 12.1.2016 – II ZB 25/14

359

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer, Wahlart, Leiharbeitnehmer

BAG v. 4.11.2015 – 7 ABR 42/13

363

Kaltes Delisting durch Verschmelzung

OLG Düsseldorf v. 19.11.2015 – I-26 W 4/15 (AktE)

366

Vergütung der anwaltlichen Tätigkeit im Spruchverfahren

OLG Düsseldorf v. 2.11.2015 – I-26 W 7/15 (AktE)

367

Leitung der Hauptversammlung, Entlastung, Auskunftsrecht

OLG Stuttgart v. 8.7.2015 – 20 U 2/14

370

Buchbesprechungen

Christoph E. Hauschka / Klaus Moosmayer / Thomas Lösler (Hrsg.)

Corporate Compliance

(Prof. Dr. Dr. h.c. Uwe H. Schneider)

380

Impressum

R 164

Rechts-Report

Aktienrecht in Zahlen

Aktionärsverpflegung, Verpflegungsaktionäre
und Aktienrecht R 151

Anlegerschutz

Keine individuelle Kündigung notleidender
Anleihen bei Beschlüssen der Gläubigerver-
sammlung R 153

Neues zur Rechnungslegung

Nichtfinanzielle Berichterstattung im Rahmen der
Rechnungslegung R 155

Kapitalmarkt-Report

Börse

EEX übernimmt Cleartrade Exchange vollständig R 156

Londoner Elite-Programm expandiert nach
Marokko R 157

Schweizer Börse startet bilaterale Handelsplatt-
form XBTR R 157

Oslo Børs verlängert Technologiepartnerschaft
mit Londoner Börsengruppe R 157

Bats Global Markets geht an die Börse R 157

Nasdaq Dubai stärkt Position als führende Sukuk-
Börse R 157

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

Die geschäftliche Lage des deutschen Einzelhan-
dels R 158

Die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen
Heimtiermarktes 2015 R 158

Jahresabschlüsse

Bauer AG R 159

Pfeiffer Vacuum AG R 160

Bibliothek

Neuerscheinungen R 162

Zeitschriftenspiegel R 162

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Prospekte der Verlage C.H. Beck, Nomos sowie Dr. Otto
Schmidt KG, Köln, bei.

Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Wie Aktienrechtler heute arbeiten: AG online

Jeder Aktienrechtler hat natürlich **Die Aktiengesellschaft (AG)**, die führende
Fachzeitschrift zum Thema, abonniert.

Alles, was Sie darüber hinaus für Ihren Arbeitsalltag brauchen, können Sie als
Abonnent jetzt einfach dazubuchen. Mit dem Modul **AG online** für nur 24 Euro
+ MwSt. pro Monat.

Sie erhalten ein erstklassiges Recherchetool, das neben der Zeitschrift auch
die wichtigen Kommentare in digitaler Form enthält sowie die renommier-
ten Handbücher zur AG, zu Aufsichtsrat und Vorstand und speziell zur Holding
auf der vertrauten Plattform von juris.



Einfach ausprobieren: **4 Wochen kostenlos**

Mehr erfahren: www.otto-schmidt.de/ag-online

juris Das Rechtsportal

ottoschmidt

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Wiss. Mitarbeiter Alexander Sajnovits, Mainz
 Ad-hoc-Publizität und Wissenszurechnung 765

Rechtsanwälte Dr. Christoph von Klitzing, Künzelsau, und Dr. Marc Seiffert, Reutlingen
 Der neue Beratungsprozess für Immobilien-Verbraucherdarlehen – Neue (Un)klarheiten aus Brüssel und Berlin 774

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 15.3.2016 XI ZR 122/14* Zum Vorliegen der subjektiven Voraussetzungen des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB bei einem Schadensersatzanspruch, der darauf gestützt ist, dem Anleger sei von der ihn beratenden Bank nicht mitgeteilt worden, dass sie für den Vertrieb der empfohlenen Kapitalanlage eine Rückvergütung erhält 780

OLG Düsseldorf 20.10.2015 I-20 U 145/14* Zur Aufklärungspflicht bei Hervorhebung des Zinssatzes für ein Tagesgeldkonto 784

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 15.3.2016 II ZR 119/14* Anwendbarkeit von § 64 Satz 1 GmbHG auf den Direktor einer private company limited by shares, über deren Vermögen in Deutschland das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist 786

Bundesgerichtshof 24.3.2016 IX ZB 32/15 Anfechtbarkeit von Gesellschafterbeschlüssen, die in Räumen eines verfeindeten Gesellschafters gefasst werden; zur Befugnis einer juristischen Person, einen Antrag auf Einstellung des Insolvenzverfahrens zu stellen 787

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 9.3.2016 VII ZB 68/13 Keine Pfändung der Ansprüche der Schuldnerin auf Zahlung von Kindergeld aus einem Titel über einen Anspruch aus vorsätzlicher unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Kauf von Kinderschuhen 791

Bundesgerichtshof 3.3.2016 IX ZB 33/14 Zur Verjährungseinrede gegen den Anspruch aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung, wenn dieser Anspruch einen anderen Streitgegenstand als der titulierte Anspruch hat 792

Bundesgerichtshof 24.3.2016 IX ZR 242/13* Keine Beseitigung der Zahlungseinstellung allein dadurch, dass der Anfechtungsgegner eine Ratenzahlungsvereinbarung mit dem Schuldner trifft und dieser die vereinbarten Raten zahlt 797

Bundesgerichtshof 24.3.2016 IX ZR 259/13* Kein Bereicherungsanspruch eines Gläubigers in der Insolvenz des Grundstückseigentümers gegen die Masse, wenn ihm ein ungesicherter Anspruch, Grundschulden nicht zu revalutieren und sie nicht zu übertragen zustand, die Grundschulden als Eigentümergrundschulden in die Masse fallen und später infolge des Erwerbs des Grundstücks durch den Gläubiger zu Fremgrundschulden werden 799

Bundesgerichtshof	24.3.2016	IX ZB 67/14*	Beginn der Beschwerdefrist durch die öffentliche Bekanntmachung einer im Insolvenzverfahren ergangenen Entscheidung auch dann, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Rechtsbehelfsbelehrung fehlt oder fehlerhaft ist; zur Frage, ob der Belehrungsmangel eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand rechtfertigt	803
Bundesgerichtshof	24.3.2016	IX ZR 157/14*	Begründung von Masseverbindlichkeiten durch den Schuldner im Eröffnungsverfahren nach § 270b InsO nur im Falle einer auf seinen Antrag ergangenen Ermächtigung durch das Insolvenzgericht; zur Rechtsstellung des Anfechtungsgegners in einem Anfechtungsprozess, der aufgrund Ermächtigung im Insolvenzplan nach einem Insolvenzverfahren mit Eigenverwaltung fortgeführt wird	805

Bücherschau

Burghard Piltz/Jens Bredow	Incoterms	806
	Rezensent: Rechtsanwalt Klaus Vorpeil, Bad Kreuznach	
Christoph Kumpan	Der Interessenkonflikt im deutschen Privatrecht	807
	Rezensentin: Univ.-Prof. Dr. Petra Buck-Heeb, Hannover	
Friedrich L. Ekey/Achim Bender/Georg Fuchs-Wissemann (Hrsg.)	Markenrecht, Band 1, 3. Aufl.	808
	Rezensent: Prof. Dr. Joachim Gruber, D.E.A. (Paris I), Zwickau	



14. Internationaler Retail-Bankentag der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

Herausforderungen für Retailbanken | Filiale vs. Online | Erfolgversprechende Strategien

29./30. Juni 2016 – Maritim Hotel Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 553; www.retailbankentag.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopf, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 93,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,14) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2016 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV



Mitteilungen

der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer

107. Jahrgang
München, Heft 5
Mai 2016
Seiten 197 – 244
Zitierweise: Mitt. (Jahr), (S.)

Im Internet:

www.gewerblicher-rechtsschutz.de

Die recherchierbare
Online-Ausgabe

Inhalt

Beiträge

Wallinger	Die Rechtsprechung der Großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts zum rechtlichen Gehör	197
Hüttermann	Führen die Verfahrensregeln des Einheitlichen Patentgerichts zu einer Renaissance früherer (überholter) Praktiken?	212
Bullinger	Aktuelles aus dem Urheberrecht – 3D-Druck als urheberrechtliche Herausforderung	215
Tucker / Lee	Ingenuity central to patentability of computer-implemented business method claims	218

Entscheidungen

	Patent	
CAFC	Entsch. vom 16.6.2015, 2013–1130 – Williamson v. Citrix Means-plus-function claims	219
	Leitsatz	
	Gebrauchsmuster – Leitsatz	224
	Marke	
EuGH	Urt. vom 3.3.2016, C-179/15 – Mercedes-Benz Zurechnung markenverletzender Werbemaßnahmen des Dienstleisters	224
BGH	Beschl. vom 15.10.2015, I ZB 69/14 – Glückspilz dekorative Verwendung indiziert keine Böswilligkeit der Anmeldung	227
BGH	Urt. vom 17.9.2015, I ZR 47/14 – Irreführende Lieferantenangabe Schadensersatz wegen irreführender Auskunft	229
BPatG	Beschl. vom 13.8.2015, 30 W (pat) 42/13 – Dorzo plus T STADA/Dorzo veränderter kennzeichnender Charakter einer Marke bei Benutzung mit Zusatz und fehlende selbständig kennzeichnende Stellung in der Kombination	234
	Leitsätze	
	Domain – Leitsätze	240
	Urheberrecht – Leitsätze	240

Inhalt

OLG Frankfurt am Main	Arbeitnehmerfinderrecht Urt. vom 3.3.2016, 6 U 29/15 – freier Mitarbeiter Vergütung für die Erfindung eines freien Mitarbeiters	241
	Wettbewerbsrecht – Leitsatz	243

Rezensionen

Hoeren	Büscher/Dittmer/Schiwy, Gewerblicher Rechtsschutz Urheberrecht Medienrecht, 3. Aufl., Köln 2015	243
Kurz	Salvatore di Palma, The History of Marks – From Antiquity to the Middle Ages, 2015	244

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage
der IP for IP GmbH, Weinheim.
Wir bitten um freundliche Beachtung.

Impressum

Schriftleitung

Verantwortlicher Schriftleiter: Patentanwalt Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Malte Köllner, Vogelweidstraße 8, 60596 Frankfurt, Tel.: 069/69 59 60-0, Telefax: 069/69 59 60-22, E-Mail: info-ffm@denemeyer-law.com. Weitere Mitglieder der Schriftleitung: Patentanwälte Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Stefan Schohe, München, Dipl.-Biol. Dr. phil. nat. Anastassios Pischitzis, Frankfurt. Einsendungen, die sich auf den Inhalt der Zeitschrift beziehen, sind an die obige Anschrift des verantwortlichen Schriftleiters zu richten. Aufsätze und Bemerkungen geben die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder des Verlages wieder.

Beiträge werden nur zur zeitlich unbeschränkten Alleinveröffentlichung angenommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Nutzungsrechte, auch zur digitalen Nutzung (z.B. auf CD und im Internet) und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer oder anderer Verfahren. Für Manuskripte, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Verlag

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim, Telefon 089/3 60 07-0, Telefax 089/3 60 07-33 10

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Köln, Luxemburger Straße 449, Postadresse: 50926 Köln, Telefon 02 21/9 43 73-7000, Telefax 02 21/9 43 73-72 01. www.carl-heymannde

Kundenservice: Telefon 026 31/8 01-22 22, e-mail: info-wkd@wolterskluwer.com

© 2016 Wolters Kluwer Deutschland GmbH/Carl Heymanns Verlag

Die Zeitschrift einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jeder Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne die Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, auch von Teilen der Zeitschrift zum innerbetrieblichen Gebrauch.

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint grundsätzlich monatlich. Jahresabonnement inkl. ein Online-Zugang Gesamtpreis 254,00 € zzgl. Versandkosten (14,40 € Inland/28,80 € Ausland). Das Jahresabonnement enthält 17,96 € USt (Print 7 % auf 224,04 € = 15,68 €; Online 19 % auf 12,00 € = 2,28 €). Bei Mehrfachlizenzen zzgl. 1,00 € je Nutzer/Monat zzgl. 19% USt. Vorzugspreis für Bewerber/Studenten 50 % (zzgl. Versandkosten). Aufkündigung des Bezugs bis 30.09. zum Jahresende. Einzelheft 25,00 € inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten.

Anzeigen

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn, Telefon 02 21/9 43 73-77 97, Fax -177 97, E-Mail: karsten.kuehn@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening, Telefon 02 21/9 43 73-74 27, Fax -174 27, E-Mail: anzeigen-delr@wolterskluwer.com

Die Anzeigen werden nach der Preisliste Nr. 35 vom 1. 1. 2016 berechnet.

Satz: rdz GmbH, Sankt Augustin

Druck: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 0026-6884

→ Editorial	93
AEUGE. EUIPO.	
<i>Von Lothar Wiltschek</i>	

Beiträge

→ Die neue Markenrichtlinie	96
Ein weiterer Schritt zur Harmonisierung der nationalen Markenrechte	
Mitte Dezember 2015 kam es im Wege der Änderung der Verordnung zur Gemeinschafts- bzw Unionsmarke und der Neufassung der Markenrichtlinie zur bedeutendsten Weiterentwicklung des europäischen Markenrechts seit rund 20 Jahren. Dieser Beitrag widmet sich im Anschluss an die im vorigen Heft der ÖBI erfolgte Darstellung zur Reform der Unionsmarke den wesentlichen Änderungen im Bereich der Markenrichtlinie und deren Auswirkungen auf das österreichische Markenrecht.	
<i>Von Alfons Grünwald</i>	
→ Der „verräterische“ Vertragshändler an der Schnittstelle zwischen Marken- und Wettbewerbsrecht	102
Anlässlich OGH 17. 11. 2015, 4 Ob 170/15 a, Markenparfums	
Zu den Möglichkeiten eines Herstellers von Markenartikeln, in einem selektiven Vertriebssystem gegen die vertragswidrige Belieferung „netzfremder“ Händler vorzugehen, wenn deren Lieferant – der vertragsbrüchige, „verräterische“ Vertragshändler – nicht bekannt ist.	
<i>Von Wendelin Moritz</i>	

ÖBI-Leitsätze

→ ÖBI-Leitsätze 2016/8–14	109
OGH 27. 1. 2016, 4 Ob 8/16 d, Reichweitenvergleich II	109
<i>Anmerkung von Reinhard Hinger</i>	
OGH 30. 3. 2016, 4 Ob 31/16 m	109
<i>Anmerkung von Reinhard Hinger</i>	
OGH 27. 1. 2016, 4 Ob 3/16 v, Rauchfangkehrer III	110
<i>Anmerkung von Reinhard Hinger</i>	
OLG Wien 10. 3. 2016, 34 R 157/15 f, Verfahrensunterbrechung II	111
<i>Anmerkung von Reinhard Hinger</i>	
EuGH 17. 2. 2016, C-396/15 P, Shoe Branding Europe/adidas, Adidasstreifen IV	111
<i>Anmerkung von Bernd Terlitza</i>	
OLG Wien 24. 11. 2015, 34 R 133/15 a, lange Verfahrensdauer	112
<i>Anmerkung von Reinhard Hinger</i>	
OGH 23. 2. 2016, 4 Ob 13/16 i, Zeitungsschütten	112
<i>Anmerkung von Reinhard Hinger</i>	

Bericht

→ Überblick über die markenrechtliche Rechtsprechung des OLG Wien als Rechtsmittelgericht gegen patentamtliche Entscheidungen	113
Fortsetzung zu ÖBI 2015/55, 265	
<i>Von David Plasser</i>	

Rechtsprechung

- Zahnarztwerbung IV – Zum Lauterkeitsverstoß nach der Änderung von Werberichtlinien. 114
OGH 27. 1. 2016, 4 Ob 235/15 k
Mit Anmerkung von Silke Graf

- ePaper – Auflagenvergleich 117
OGH 17. 11. 2015, 4 Ob 168/15 g
Mit Anmerkung von Roman Heidinger

- Markenparfums – Auskunftsanspruch nur bei Verhältnismäßigkeit 120
OGH 17. 11. 2015, 4 Ob 170/15 a

- Duff Beer – Wirkung einer in einem anderen MS eingetragenen Marke zur Abwehr eines Unterlassungsbegehrens. 123
OGH 27. 1. 2016, 4 Ob 183/15 p
Mit Anmerkung von Michael Horak

- Joghurtbecher – Unterscheidungskraft einer Formmarke und Nachweis der Verkehrsgeltung 125
OLG Wien 17. 11. 2015, 34 R 122/15 h
Mit Anmerkung von Christof Pöchlhammer und Lutz Riede

- Arktis – Zur Eintragung der Lizenz als Voraussetzung der Geltendmachung von Markenverletzungen 130
EuGH 4. 2. 2016, C-163/15, Youssef Hassan/Breiding Vertriebsgesellschaft mbH
Mit Anmerkung von Reinhard Hinger

- Brennerdüse – Zur Zulässigkeit von Hilfsanträgen bei der Verteidigung eines Patents 132
OLG Wien 10. 11. 2015, 34 R 96/15 k
Mit Anmerkung von Rainer Beetz

- Flüssiggas V – Die Bindung von Tankmietern an die Tankvermieter als Lieferanten von Flüssiggas verstößt nicht gegen das Kartellrecht. 135
OGH als KOG 1. 12. 2015, 16 Ok 4/15 x
Mit Anmerkung von Rainer Tahedl

- Preroll-Werbung – Zur Verlinkung auf einen Webradio-Stream unter Umgehung der Preroll-Werbung 142
OGH 23. 2. 2016, 4 Ob 249/15 v
Mit Anmerkung von David Plasser

Bericht

- LIGA für Wettbewerbsrecht – Kongress 2015 147
Von Rainer Tahedl

Standards

- Buchbesprechungen 148
- Zeitschriftenübersicht 148
- Impressum 93

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Konzeptioneller Mangel in Forschungs- und Entwicklungsvertrag – Filmscanner (5.4.2016 – X ZR 8/13)
BGH: Zur Haftung wegen Teilnahme an Internet-Tauschbörsen (12.5.2016 – I ZR 86/15)
BGH: Gewerberaummietvertrag – Vertragsklausel über Pflichtmitgliedschaft in einer Werbegemeinschaft (13.4.2016 – XII ZR 146/14)
BGH: Zur Kenntnis des Empfängers einer unentgeltlichen Leistung von der Gläubigerbenachteiligung (24.3.2016 – IX ZR 159/15)
OLG Frankfurt a.M.: Frist für Geltendmachung unzulässiger Defacto-Vergabe (3.5.2016 – 11 Verg 12/15)
OLG Frankfurt a.M.: Anforderungen an die organisatorischen Maßnahmen des Anwalts für die Fristenkontrolle bei der Wahrung von Fristen durch Telefaxschreiben (26.4.2016 – 6 U 42/16)

Aufsatz

Dr. Mark C. Hilgard, RA

Der Freistellungsanspruch beim Unternehmenskauf

Klauseln, mit denen Freistellungsansprüche geregelt werden sollen, sind ein fester Bestandteil von Unternehmenskaufverträgen, und zwar sowohl national als auch international. Gerade bei grenzüberschreitenden Sachverhalten kann die Vereinbarung von Freistellungsansprüchen zu ungeahnten Überraschungen führen. Streitigkeiten im Zusammenhang mit Unternehmenskaufverträgen werden nur selten vor staatlichen Gerichten, sondern meist vor Schiedsgerichten ausgetragen. Da Schiedsverfahren vertraulich sind, finden Schiedsurteile nur in Ausnahmefällen Eingang in entsprechende Veröffentlichungen. Es ist somit nicht verwunderlich, dass (schiedsgerichtliche) Rechtsprechung zum Freistellungsanspruch beim Unternehmenskauf kaum existiert. Auch ein Blick in die einschlägige Literatur zeigt schnell, dass eine vertiefte Beschäftigung mit dem Thema „Freistellungsanspruch“ nur selten anzutreffen ist. Diese Lücke soll mit dem Beitrag geschlossen werden.

Entscheidung

BGH: Konnexität von Grundgeschäft und Gegengeschäft bei Abschluss von Zinssatz-Swap-Verträgen (22.3.2016 – XI ZR 425/14 – dazu BB-Kommentar von Dr. Michael Zoller, RA/FAStR)

1217

1218

1237

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Negative Hinzurechnung der Verlustübernahme eines stillen Gesellschafters (28.1.2016 – I R 15/15)
BFH: Verböserung der Einspruchsentscheidung nach Teilerlass von Säumniszuschlägen – Billigkeits- und Abrechnungsverfahren (10.3.2016 – III R 2/15)
BFH: Ersetzung des Vorläufigkeitsvermerks in einem Steuerbescheid durch einschränkenden Vorläufigkeitsvermerk in einem späteren Änderungsbescheid (14.7.2015 – VIII R 21/13)
Niedersächsisches FG: Zur Anwendung der 1 %-Regelung (12.11.2015 – 7 K 94/13)
Niedersächsisches FG: Einheitsbewertung zum 1.1.2013 (4.3.2016 – 1 K 302/14)
Niedersächsisches FG: Schenkungsteuer und „Sponsoring“ (18.3.2016 – 3 K 174/14)
FG Düsseldorf: Vorabentscheidungsersuchen zum Antidumpingzoll auf Schuhe (20.4.2016 – 4 K 1099/14 Z)

Verwaltung

BMF: Ausweitung des BFH-Urteils I R 79/13 auf weitere Fälle (31.3.2016 – IV B 2 – S 1304/09/10004)

Gesetzgebung

BT: Modernisierung des Besteuerungsverfahrens beschlossen
KOM: Genehmigung des EStÄndG zur Erhöhung des Lohnsteuer einbehalts in der Seeschifffahrt

Aufsätze

Christian Schoppe, StB, und Carolin Reichel, StBin

Vertreterbetriebsstätten ab 2017

Gemäß Art. 5 Abs. 5 und 6 OECD-MA in der aktuellen Fassung können Unternehmen ohne eine feste Geschäftseinrichtung durch ihre Tätigkeit in einem anderen Staat eine Betriebsstätte begründen, wenn sie dort durch einen Vertreter, der nicht im Rahmen seiner gewöhnlichen Geschäftstätigkeit handelt, vertraglich gebunden werden. Grundlage hierfür ist die rechtliche oder tatsächliche Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen. Im Rahmen des Base Erosion and Profit Shifting („BEPS“)-Aktionspunktes Nr. 7 Abschnitt A werden die Bedingungen für das Vorliegen und gewöhnliche Ausüben der Vertragsabschlussvollmacht sowie die Präsenz eines unabhängigen Vertreters nun vorbehaltlich der Umsetzung in nationales Recht zum Jahr 2017 entscheidend verschärft.

Dr. Stefan Rogge, RA/StB

Die Anforderungen an eine Mitunternehmerstellung im Rahmen einer Freiberuflerpraxis

Der BFH hat sich mit Urteil vom 3.11.2015 – VIII R 63/13 zu der Frage geäußert, unter welchen Voraussetzungen eine Mitunternehmerstellung im Rahmen einer Freiberuflerpraxis angenommen werden kann. Die Entscheidung ist nicht nur für Arztpraxen – wie im vorliegenden Fall – von Bedeutung, sondern potentiell für sämtliche Freiberufler. Bereits das Lesen des Leitsatzes dürfte in der Praxis aufhorchen lassen. Der Beitrag geht näher auf das Urteil ein und zeigt Möglichkeiten auf, wie im Wege der Vertragsgestaltung die steuerliche Einordnung als Mitunternehmen i.S.v. § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG gewährleistet werden kann.

Entscheidungen

BFH: Vorsteuerabzug für privat genutzten Gebäudeteil („Seeling“-Altfall) (18.2.2016 – V R 23/15)
BFH: GewSt-Kürzung bei Weitervercharterung von Handelsschiffen – Fiktion ausländischer Betriebsstätte (22.12.2015 – I R 40/15)

1243

1245

1252

1255

1257



BB-Fachkonferenz Umsatzsteuer

Dienstag, 31. Mai 2016

dfv Mediengruppe, Frankfurt am Main

<http://veranstaltungen.ruw.de/ust2016>

dfv Mediengruppe



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1258

Rechnungslegung

FA SB: Geplante Anpassung der Goodwillfolgebewertung

Wirtschaftsprüfung

BANz: Verkündung des AReG

IDW: Stellungnahme zum IESBA-Entwurf zur Änderung des Code of Ethics zur Abschwächung der Gefährdung der Unabhängigkeit der Abschlussprüfer aufgrund langjähriger Beziehungen zu Mandanten

IDW: Entwurf einer Stellungnahme zur Rechnungslegung „Einzelfragen der Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 (IDW ERS HFA 48)“

IDW: Stellungnahme zur Änderung der Bilanzrichtlinie im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen

IDW: Mitteilung des BMF zu § 253 HGB – Abführungssperre

IDW: Richtlinie zum IT-Auditor IDW^{idw}

WPK: 14. Änderung der Gebührenordnung

WPK: Bericht über die Vorstandssitzung am 4.5.2016 in Berlin

Betriebswirtschaft

PwC: Fremdmanager in Familienunternehmen – Partner auf Augenhöhe

Aufsatz

Michael Deubert, WP/StB, und Dr. Stefan Lewe, WP/StB

1260

Beurteilung der Gleichwertigkeit von Drittstaaten-Konzernabschlüssen nach § 292 HGB am Beispiel der Swiss GAAP FER

Soll ein inländisches (Teilkonzern-)Mutterunternehmen nach § 292 HGB von seiner Konzernrechnungslegungspflicht befreit werden, muss das (Konzern-)Bilanzrecht des Drittstaats dem EU-(Konzern-)Bilanzrecht gleichwertig sein. Da die EU-Kommission die Gleichwertigkeit i.S.d. § 292 HGB nur für die (Konzern-)Rechnungsvorschriften von bestimmten Drittstaaten festgestellt hat und das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) darauf verzichtet hat, im Verordnungsweg (§ 292 Abs. 3 HGB a.F.) Voraussetzungen festzulegen, unter denen Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte von Mutterunternehmen mit Sitz in einem Drittstaat gleichwertig sind, bedarf es in bestimmten Fällen der Untersuchung von Drittstaats-Konzernabschlüssen auf ihre Gleichwertigkeit. In dem Beitrag zeigen die Autoren am Beispiel der Swiss GAAP FER, wie eine solche Untersuchung durchgeführt werden kann.

Entscheidungen

FG Düsseldorf: Abbruchkosten als Herstellungskosten eines neuen Gebäudes

1265

(23.2.2016 – 10 K 2708/15 F dazu BB-Kommentar von **Marcel Isselmann, WP/StB/M.I.Tax/FBIStR**)

Niedersächsisches FG: Voraussetzungen für eine Rückstellung wegen einer Umlageverpflichtung gegenüber der Haftpflichtgemeinschaft

1266

(11.11.2015 – 6 K 178/14 – dazu BB-Kommentar von **Nikolaj Kubik, RA**)

Neuerscheinung Buch

Wüstemann/Koch, Wirtschaftsprüfung case by case

Lösungen nach HGB mit Hinweisen auf ISA und US-GAAS

4. Auflage 2016, 260 Seiten, € 38,90

ISBN: 978-3-8005-5041-8 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1267

Entscheidungen

BAG: Eingruppierung einer Bauleiterin (27.1.2016 – 4 AZR 916/13)

BAG: Keine Anpassung des Arbeitsentgelts bei tariflichen Entgelt-erhöhungen in der Freistellungsphase eines Altersteilzeitverhältnisses (19.1.2016 – 9 AZR 564/14)

BAG: Überbrückungsbeihilfe nach dem TV SozSich – Zumutbarkeit eines Weiterbeschäftigungsangebots (17.3.2016 – 6 AZR 92/15)

BAG: Berücksichtigung durch Freizeit ausgeglichener Mehrarbeit bei der Berechnung des Urlaubsgeldes nach MTV der privaten Versicherungswirtschaft (15.12.2015 – 9 AZR 611/14)

LAG Düsseldorf: Entgelttarifvertrag wirksam schriftlich abgeschlossen (11.5.2016 – 12 Sa 1152/15)

Veranstaltung

30. Passauer Arbeitsrechtssymposium 16. und 17. Juni 2016

Aufsatz

1269

Dr. Mark Zimmer, RA/FAArbR, und Alicia Helle, cand. iur.

Tests mit Tücke – Arbeitsrechtliche Anforderungen an Social Engineering Tests

Die Gewährleistung von IT-Sicherheit stellt Unternehmen vor immer größere Herausforderungen. Während Systeme von Privatanzukundern besonders von der Nutzung veralteter Software, Spam und kompromittierten Webseiten gefährdet werden, haben Unternehmen mit der Sicherheitslücke „Mensch“ zu kämpfen (s. Abb.). Nicht sensibilisierte Mitarbeiter und ihre „digitale Sorglosigkeit“, besonders in sozialen Netzwerken, ermöglichen versierten „Social Hackern“, Sicherheitstechnologien von Unternehmen zu überwinden und damit an die Kronjuwelen der Unternehmen zu kommen oder den Betriebsablauf zu schädigen. Neben Aufklärung und Training der eigenen Mitarbeiter versprechen sog. Social Engineering Tests Abhilfe, bei denen das korrekte Verhalten der Mitarbeiter diesbezüglich geprüft wird. Freilich sind sie nur in rechtlichen Grenzen zulässig. Bei der Beurteilung ihrer Rechtmäßigkeit ist vor allem das allgemeine Persönlichkeitsrecht gegen die Unternehmenssicherheit abzuwägen.

Entscheidung

BAG: Widerspruchsrecht bei mehreren Betriebsübergängen

1275

(19.11.2015 – 8 AZR 773/14 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Dominik Jochums, RA/FAArbR**)

Neuerscheinung Buch

Zwanziger, Arbeitsrecht der Insolvenzordnung

InsO §§ 108, 113, 120–128, 185

Praxisbewährter Kommentar in 5. Auflage

5. Auflage 2015, 458 Seiten, Geb., € 118,-

ISBN: 978-3-8005-3277-3 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Prof. Dr. iur. Swen Bäuml, StB/Wirtschaftsjurist

Die Steuergesetzgebung der Großen Koalition

Jobs

VII

Impressum/Vorschau

VIII

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Der GuV-Ausweis von Sachbezügen als Lehrstück innovativer Weiterentwicklung der GoB?

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach / WP Dr. Jens Freiberg, beide Düsseldorf / WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter

Hoffmann, Freiburg i. Br.

Infolge der durch das BilRUG geänderten Definition der Umsatzerlöse wird teilweise die Einschätzung vertreten, dass ein Ausweis von Sachbezügen an Arbeitnehmer als Umsatzerlöse aufgrund der unentgeltlichen Gewährung ausscheiden würde. In dem Beitrag wird diese Auffassung diskutiert und gezeigt, dass vielmehr ein entsprechender GuV-Ausweis geboten ist.

DB1201590

S. 1085

STEUERRECHT

AUFSATZ

Abgabenordnung

Der Gesetzentwurf des BMF zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen

Ltd. RegDir. Arno Becker, Münster/Köln

Seit längerem stehen manipulierbare Kassensysteme im Fokus der Finanzverwaltung. Im sog. bargeldintensiven Handel scheint Steuerhinterziehung üblich zu sein, nicht in erster Linie durch die Nichteingabe von Kassendaten, sondern durch ihre nachträgliche Änderbarkeit. Dies hat nun den Gesetzgeber auf den Plan gerufen. Im ersten Teil dieses Beitrags wird der Gesetzentwurf des BMF zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen und die zugehörige technische Verordnung vorgestellt und kritisch beleuchtet.

DB1200805

S. 1090

Körperschaftsteuer

Auflösung organschaftlicher Ausgleichsposten bei mittelbarer Organschaft

RA/StB Dr. Arne von Freeden, LL.M. /

StB Dr. Christian Joisten, beide Bonn/Hamburg

Die Auflösung organschaftlicher Ausgleichsposten im Fall einer mittelbaren Organschaft ist umstritten. Die KStR 2015 äußern sich hierzu erstmals. Auch das FG Münster hat sich jüngst abweichend von der Verwaltungsauffassung zu einem Teilaspekt der Thematik positioniert. Der Beitrag beleuchtet die Auflösung organschaftlicher Ausgleichsposten unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage.

DB1195406

S. 1099

KURZ KOMMENTIERT

Einkommensteuer

Entfernungspauschale bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung

StB Dennis-Janz, LL.M., Dortmund

DB1202866

S. 1105

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Elektronische Bilanz: Unterlagen zur Steuererklärung

FinMin. Sachsen-Anhalt, Erlass vom 19.04.2016

DB1203848

S. 1106

Körperschaftsteuer

Anwendung des § 8b Abs. 3 KStG 1999 i.d.F. des

UntStFG vom 20.12.2001 auf Auslandsbeteiligungen

in den Vz. 2001 und – im Fall eines vom Kalenderjahr

abweichenden Wirtschaftsjahrs – 2002

BMF, Schreiben vom 03.05.2016

DB1203846

S. 1108

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer/Gewerbsteuer

Anwendung des § 35 Abs. 2 Satz 2 EStG bei unterjährigem Gesellschafterwechsel einer PersGes.

BFH, Urteil vom 14.01.2016 – IV R 5/14

DB1203932

S. 1108

Einkommensteuer

Besteuerung von Erträgen aus sog. „schwarzen“

Fonds nach dem AuslInvestmG

BFH, Urteil vom 28.07.2015 – VIII R 39/12

DB1187942

S. 1113

Abgabenordnung

Ersetzung des Vorläufigkeitsvermerks in einem

Steuerbescheid durch einschränkenden Vorläufigkeitsvermerk in einem späteren Änderungsbescheid

BFH, Urteil vom 14.07.2015 – VIII R 21/13

DB1165036

S. 1116

SEMINAR

Due Diligence

Transaktionen erfolgreich planen, managen und ins Ziel bringen

12.09.2016 | Düsseldorf | Handelsblatt Fachmedien GmbH Seminarräume

■ Grundsätzliches: Definition und Ziele einer Due Diligence

■ Analysen im Rahmen einer Due Diligence: Financial, Tax und Legal Due Diligence

■ Projektmanagement: Informationsquellen und Phasen einer Due Diligence

■ Sonderthemen: Vendor Due Diligence, internationale Due Diligence und Due Diligence im Aufschwung

25% Rabatt
für Abonnenten von
DER BETRIEB!

Information und Anmeldung: www.fachmedien-veranstaltungen.de/diligence | Fon 0211 887-2850 | eMail: veranstaltungen@fachmedien.de



WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Corporate Governance

Zur Frage der Ausstrahlung branchenspezifischer Corporate Governance-Anforderungen auf das allgemeine Unternehmensrecht am Beispiel der Bankenregulierung

Arbeitskreis „Externe und interne Überwachung der Unternehmung“ der Schmalenbach-Gesellschaft e.V.

In der Praxis sind Tendenzen zu beobachten, Corporate Governance-Regelungen, die für beaufsichtigte Unternehmen des Banken-, Finanzdienstleistungs- und Versicherungssektors entwickelt worden sind, in das allgemeine Unternehmensrecht zu übernehmen und auf Unternehmen außerhalb der beaufsichtigten Branchen anzuwenden. Der Aufsatz untersucht anhand einzelner Vorschriften des Bankaufsichtsrechts zum Risikomanagement, Vergütungssystem sowie zur Überwachung der Vergütungsstruktur, ob spezialgesetzliches Aufsichtsrecht auch für sonstige Unternehmen Geltung beanspruchen kann bzw. freiwillig befolgt werden sollte. Er kommt zu dem Ergebnis, dass eine undifferenzierte Ausstrahlungswirkung u.a. auch mit Blick auf eine zunehmende Verrechtlichung der Unternehmenspraxis problematisch ist und schlägt eine methodische Prüfung des jeweiligen Einzelfalls vor, die sowohl ökonomische wie juristische Aspekte berücksichtigt.

DB1202340

S. 1118

KURZ KOMMENTIERT

GmbH-Recht

BGH: Nichterfüllung der Pflicht zur Erbringung der Stammeinlage

RA Dr. Günter Seulen/RAin Sarah Scharf, Oppenhoff & Partner, Köln

DB1202231

S. 1126

ENTSCHEIDUNGEN

Versicherungsrecht

D&O-Versicherung: Zulässige Abtretung des Deckungsanspruchs der versicherten Person an die geschädigte Versicherungsnehmerin

BGH, Urteil vom 13.04.2016 – IV ZR 304/13

DB1203854

S. 1127

Bankrecht

Zum Nachweis des Erbrechts gegenüber einer Sparkasse durch eigenhändiges Testament ohne Vorlage eines Erbscheins

BGH, Urteil vom 05.04.2016 – XI ZR 440/15

DB1203810

S. 1131

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht/Kündigungsrecht

Außergerichtliche Mediation und Betriebliches Eingliederungsmanagement

RA/FAArbR Dr. Frank Matheis, Landstuhl / Dr. Michael Hippeli, LL.M., MBA (MDX), Wiesbaden

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement gewinnt zunehmend an Bedeutung. Nach der Entwicklung der Rechtsprechung wird die krankheitsbedingte Kündigung ohne Durchführung dieses Verfahrens kaum noch möglich. Wie sich in diesem Zusammenhang außergerichtliche Mediation auswirken kann und wie ggf. entstehende Konflikte hierdurch vermieden werden können, untersucht der Beitrag und gibt Hinweise für mögliche Anwendungsfälle.

DB1196527

S. 1134

KURZ KOMMENTIERT

Entgeltrecht/Betriebsverfassungsrecht

Gehaltsanpassung bei freigestellten Betriebsratsmitgliedern – Anforderungen an die Darlegung des Anspruchs

RA/FAArbR Dr. Wolfgang Lipinski / RAin Katharina Domni, beide München

DB1201080

S. 1137

Betriebsverfassungsrecht

Behinderung der Betriebsratsarbeit durch Verpflichtung zur vorherigen Ankündigung der Teilnahme am Personalgespräch

RAin Jamilia Becker, Köln

DB1201437

S. 1138

ENTSCHEIDUNGEN

Kündigungsrecht

Abfindungspauschalierung wegen Altersrente für schwerbehinderte Menschen bei der Sozialplanabfindung unzulässig

BAG, Urteil vom 17.11.2015 – 1 AZR 938/13

DB1196660

S. 1140

Kündigungsrecht

Unwirksamkeit einer Änderungskündigung zur Herabgruppierung bei krankheitsbedingter Leistungsminderung

BAG, Urteil vom 22.10.2015 – 2 AZR 550/14

DB1196903

S. 1141

Befristungsrecht

Mangelnde Schriftform bei Unterzeichnung nur einer Anlage des Anstellungsvertrags

BAG, Urteil vom 04.11.2015 – 7 AZR 933/13

DB1195945

S. 1142

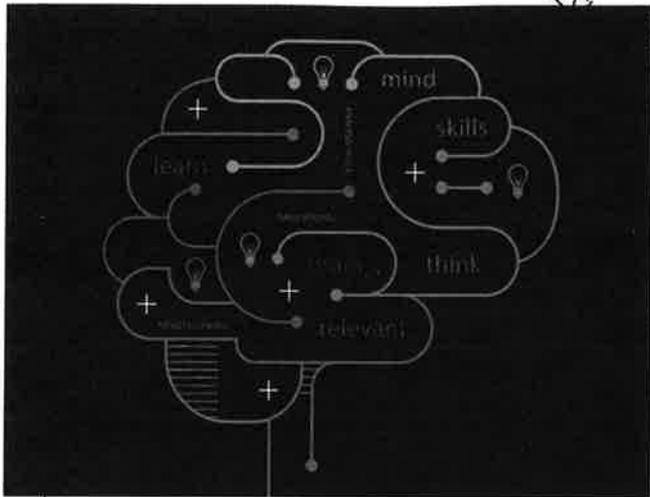
Entgeltrecht

Anspruch auf Annahmeverzugslohn trotz behördlichem Beschäftigungsverbot

BAG, Urteil vom 21.10.2015 – 5 AZR 843/14

DB1195553

S. 1144



26 | COVER STORIES

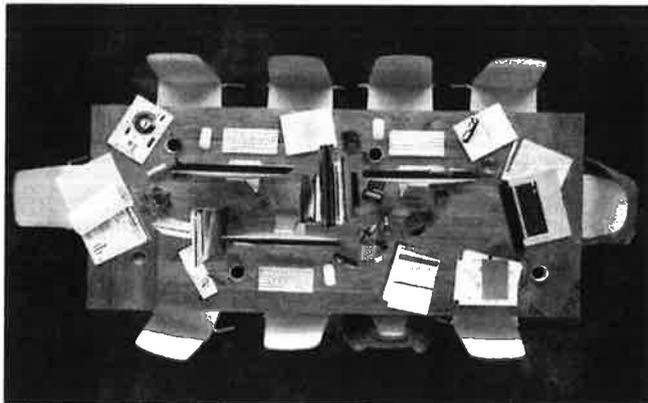
What will be tested on the next CPA exam

A greater emphasis on testing evaluation and analysis skills beginning in 2017 is designed to keep the Uniform CPA Examination aligned with the skills newly licensed CPAs need in a changing business environment.



32 | CPA credential delivers high value

A new analysis shows the earnings premium that accountants who pass the CPA exam receive at small, medium, and large companies.



42 | Business practices that not-for-profits can't afford to overlook

Appropriate business practices can help not-for-profits develop the governance, strategy, and fundraising prowess they need to survive and thrive. 

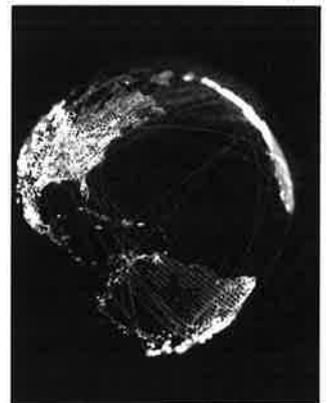
39 | CGMA EXCERPT

Get a list of questions to consider before implementing a Balanced Scorecard, as well as do's and don'ts that are essential to the performance management tool.



50 | New product or different presentation?

Courts and the IRS differ over a key qualification for the domestic production activities deduction.



56 | Third-party risk: How to trust your partners

Risk managers are increasingly focusing on third-party risks, hoping to control new threats to performance and reputation. But trust still factors heavily.

CONTENTS

NEWS DIGEST

- 9 | *FASB standard answers timing concern for PCC alternatives* 
IAASB: Expected credit loss reporting standards will bring challenges
Earnings-per-share standard gets positive feedback 
AICPA clarifies conventions for reviews that follow SSARs, other standards
Breakage recognition, derivative contract novations addressed 
IFLAR hopes to build on audit quality improvements
Hoogervorst reappointed as IASB chairman
Key dates; Drafts outstanding



COLUMNS

- 16 | **Professional Liability Spotlight**
Walking the talk on quality control
These tips can help CPAs better incentivize quality control in their firms.
- 18 | **Checklist**
Work out a better offer
Successful negotiation can make a new job even more satisfying.
- 20 | **From CGMA Magazine**
How audit committees can help deter fraud
The audit committee plays a pivotal role in helping to stop or reverse the rise in reported fraud incidents.
- 62 | **From The Tax Adviser**
Bonus depreciation applies to new class of property
December's appropriations act created a "qualified improvement property" category for bonus depreciation. 
- 64 | **Tax Practice Corner**
IP PINs: Fraud protection places duties on preparers
Identity protection personal identification numbers pose additional filing and recordkeeping considerations.

66 | Tax Matters

- Amended rules govern FIRPTA dispositions*
Installment sale marked to market before taxpayer's expatriation
Judge's above-the-line employee expense deduction is disallowed
Foreign earned income exclusion denied for State Department employee
IRS gives more guidance on like-kind aircraft exchanges
E-file PINs stolen
PTIN protest gets class certification
Trade Act increases minimum failure-to-file penalty 



74 | Expanding Your App-titude

- Plug in to your car and driving performance via Automatic*
Other OBD port devices and apps

85 | Technology Q&A

- This month's column sheds some light on LED lighting pros and cons, Excel's Color Scale format, social media notifications, and five tips for smartphone productivity.

91 | Where to Turn

92 | The Last Word

- Earl Furfine, CPA/CITP, CGMA, the CEO of technology startup 5AM Solutions in Rockville, Md., says entrepreneurs must be fearless, self-aware, confident, benevolent, and sympathetic to be successful.



SPONSORED REPORT

Post-busy season checklist
Use this checklist to record what worked this busy season and what needs refinement. The report also includes a summary of the "dirty dozen"—the 12 worst tax scams.

PAGE 77

CPE DIRECT

Another major benefit for *JofA* readers
Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles—with the CPE Direct self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year.
Quarterly CPE
Direct study guides combine *JofA* articles with supplementary materials and exams. An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for nonmembers. For more information or to order, visit cpa2biz.com/cpe, or call 888-777-7077.



This symbol identifies articles in the CPE Direct self-study program.

SCHNELL GELESEN

- 460 ► Das Spannungsfeld von Registrierkassen und Betriebsprüfungen

KURZNACHRICHTEN

- 461 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke
- 468 BBK kompakt
Dr. Hans J. Nicolini

BEITRÄGE

- 472 Buchführungs-Seminar
**Bilanzierung von Fremdwährungs-
forderungen**
Karin Goy

- 479 Buchführung
**Das Spannungsfeld von Registrierkassen
und Betriebsprüfungen**
Jens Reckendorf
► **Kurzfassung Seite 460**

- 497 Gesetzgebung
**Gesetz zum Schutz vor Kassen-
manipulationen**
Bernd Rätke

- 503 Betriebswirtschaft
**Einsatz von Factoring im Forderungs-
management**
Jörgen Erichsen

NWB Datenbank Beitrag inklusive elektronischer Arbeitshilfe

- 511 Rezension
- 512 Impressum

- | | |
|---|--|
|  Literatur |  Quelle |
|  Weblink |  Community |
|  Informationen |  Video |
|  Audio |  Berechnung |
|  Galerie |  Merksatz |
|  Siehe auch | |

INHALT

EDITORIAL

- 129 ENISA – die große Unbekannte aus der EU

KURZNACHRICHTEN UND -BEITRÄGE

- 132 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen zum Informationsrecht
Peter Burgstaller
- 135 Der transatlantische Datenschutzschild („EU-US-Privacy Shield“)
Michael M. Pachinger

AUFSÄTZE

- 139 NIS – Netz- und Informationssicherheit
Peter Burgstaller
- 147 Vom Schutz des wehrlosen TV-Publikums
Michael R. Kogler
- 155 Die (deutsche) Störer-Haftung des „Admin-C“: ein Modell für Österreich?
Paulus Papst
- 159 Onlinewerbung im Licht des E-Commerce – ein Überblick
Lukas-Sebastian Swoboda

JUDIKATURSPIEGEL

- 162 Sammlung ausgewählter informationsrechtlicher Entscheidungen österreichischer, deutscher und europäischer Spruchkörper (ZfR-Slg 2016/13–49)

JUDIKATUR

DATENSCHUTZRECHT

- 168 EuGH: Zur Anwendung des nationalen Datenschutzrechts des Landes, auf das eine Webseite gerichtet ist
EuGH 1.10.2015, C-230/14 – Weltimmo s.r.o. / J. Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 178 EuGH: Datenübermittlung löst Informationspflichten aus
EuGH 1.10.2015, C-201/14 – Bara / J. Sănătate ua
- 185 BAG: Private Videoüberwachung eines Arbeitnehmers
BAG 19.2.2015, 8 AZR 1007/13 – Private Videoüberwachung

E-COMMERCE RECHT

- 190 BVwG: „News abbestellen“ am Ende einer E-Mail erfüllt Opt-Out-Verpflichtung
BVwG Urteil vom 27.6.2014, W120 2002340-1/2E, W120 2009118-1/2E – *News abbestellen* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 200 Zur Haftung eines Internetbewertungsportals
BGH 19.3.2015, I ZR 94/13 – *Hotelbewertungsportal*
- 207 BGH: Widerruf von B2C-Fernabsatzverträgen ohne Begründung
BGH Urteil 16.3.2016, VIII ZR 146/15 – *Tiefpreisgarantie*
- 208 BGH: Einladungs-Email via Facebook
BGH Urteil 14.1.2016, I ZR 65/14 – *friend finder*
- 209 OGH: Umtauschrecht auch für online gekaufte Gutscheine
OGH 21.12.2015, 6 Ob 169/15v – *Rabattgutscheine* (Anmerkung von Clemens Thiele)



LAUTERKEITS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

- 213 LG Düsseldorf: I Like Button Integration in Website
 LG Düsseldorf Urteil 9.3.2016, 12 O 151/15 – I like Button
- 221 OGH: Urheberrechtlicher Schutz für typografische Schriftzeichen
 OGH Urteil vom 23.2.2016, 4 Ob 142/15h – *Bettis Hand* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 228 OGH: Betrieb einer Online-Plattform mit Verlinkung zu Streams von Digitalradioanbietern kann in Leistungsschutzrechte des Privatradiobetreibers eingreifen
 OGH Urteil vom 23.2.2016, 4 Ob 142/15h – *Preroll-Werbung*
- 234 EuGH: Urheberrechtlicher Schutz für Landkartenausschnitte
 EuGH Urteil vom 29.10.2015, C-490/14 – *Freistaat Bayern ./. Verlag Esterbauer* (Anmerkung von Clemens Thiele)

PERSÖNLICHKEITS- UND MEDIENRECHT

- 239 Social Media: Zugangsgewährung post mortem – Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts?
 LG Berlin 17.12.2015, 20 O 172/15 (Anmerkung von Lukas-Sebastian Swoboda)
- 242 OGH: Einwilligung der Eltern in Persönlichkeitsverletzung des Kindes?
 OGH 13. 1. 2016, 15 Os 176/15v – Fenstersturz eines Kindes II
- 244 OLG Graz: Richtigstellung der Parteibezeichnung von einem Pseudonym auf die (vermutlich) dahinterstehende Person
 OLG Graz 3.2.2016, 5 R 6/16s (nrk)
 (Anmerkung von Stefan Schoeller und Markus Zeiringer)

EuGH VORLAGEFRAGEN

SERVICE-TEIL

- 251 Rezensionen
- 253 Bücherliste
- 254 Herausgeber / Herausgeberredaktion / Beirat
- 255 Autoren
- 256 Impressum

Zitierbeispiele:

Heft 1/2013 – Heft 2/2015:

Burgstaller, ZIR 2015, 25; ZIR-Slg 2015/61, 143

Heft 3/2015 ff:

Burgstaller, ZiIR 2015, 233; ZiIR-Slg 2015/62, 273

Beiträge · Aufsätze · Berichte



Politikforum: Krisen und Herausforderungen151
Kai Pawlowski und Denis Copei

Eine Lösung im Ukraine-Russland-Konflikt ist nicht in Sicht 154
Dr. Stefan Meister

EU perspectives on dual use control156
Stéphane Chardon

Erwartungen der Wirtschaft an die Exportkontrolle 2016158
Oliver Wieck

Forum II: „Iran: The Vienna Agreement – A Watershed Moment?“161
Mirjam Kochendörfer und Denis Copei

Rechtssprechungs- und Praxisforum: Aktuelle Entwicklungen164
Corinna Hötzl und Dr. Björn Griebel

Aktuelle Rechtsprechung zum Außenwirtschaftsstrafrecht.....168
Stephan Morweiser

Die weltpolitische Lage ist unübersichtlicher geworden172
Dr. Bernhard Schlagheck

Außenwirtschaftliche Entwicklungen176
Karl Wendling

Die Neustrukturierung der Zollverwaltung179
Jürgen Hartlich

Sicherheit und Wachstum unter einen Hut bringen181
Peter Altmaier

Impressum 150, 160

Nachrichten, Seminare, GesetzgebungsReport, Stellenmarkt

finden Sie im „AW-Prax Newsticker“ als separate Ergänzung zum Heft > >



Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der AWA, der BAV, der IHK BVV, der EFA und des Bundesanzeiger Verlags bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

AW-Prax Außenwirtschaftliche Praxis

Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang; redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Außenhandelsrecht

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Exportkontrollrecht

Dr. Klaus Pottmeyer, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter) redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Herausgeberbeirat

- Prof. Dr. Dirk Ehlers, Zentrum für Außenwirtschaftsrecht e.V.
- Carsten Fischer, Präsidialmitglied der Bundessteuerberaterkammer und Präsident des StBK Niedersachsen
- Volker Hahn, Ministerialdirigent a.D.
- RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt
- Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Berlin
- RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e.V. (BSL), Bonn
- RA Olaf Kreuzer, Freiburg, Außenwirtschaftsrunde e.V.
- RAIn Claudia Kurz, Verband der chem. Industrie e.V., Frankfurt
- RA Michael Lux, Brüssel
- Dr. Anton Mairinger, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs, Wien
- Bianca Meitzner, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin
- Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a.D., München
- Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt, Hamburg
- Dr. Alexander von Portatius, Ministerialrat a.D., ehemals Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
- Prof. Dr. Achim Rogmann LL.M. (Murdoch), Brunswick European Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel,
- Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D. ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn
- Dr. Bettina Vogl-Lang, Bundesministerium für Finanzen, Wien
- Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz
- Stefan Wengler, Dipl.-Volksw., Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Köln
- Oliver Wieck, ICC Germany e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

- Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel
- Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf
- Marianne Bamberger, München
- Dr. Kai Henning Felderhoff, AWB Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Münster
- Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster
- Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster
- Serge Gummy, Eidg. Oberzolldirektion, Bern
- Hans-Joachim Kampf, Dipl.-Finanzwirt, Hochschule des Bundes, Münster
- Dr. Thomas Möller, Oberregierungsrat, Hauptzollamt Osnabrück
- Karl-Heinz Palmes, Regierungsoberamtsrat beim Statistischen Bundesamt – Gruppe Außenhandel, Wiesbaden
- Willi Vögele, Leitender Regierungsdirektor a.D., Freiburg i. Br.
- Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Bad Kreuznach
- Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, BSc. (Glasgow), LL.M., MA, Hauptzollamt Bremen

■ Aktuelle Nachrichten

- Anklage wegen Verstoßes gegen das Iran-Embargo 115
- Aktionsplan im Bereich Mehrwertsteuer 115
- Unionszollkodex – Weiterverwendung von Vordrucken 116
- Veröffentlichungen interner Richtlinien der WCO zum Ursprungsrecht 117
- USA–EU: Privacy Shield 117
- Bankgarantie/Performance Bond 118
- Verhandlungen über Freihandelsabkommen: TTIP, Mercosur, Japan 118
- Zollpräferenzmaßnahmen: Kosovo, Regionales Übereinkommen, APS, Tunesien, Südafrika 119
- Zollpräferenzen: Informationen der Zollverwaltung zum UZK 121
- Änderung von Namenslisten und Verlängerung von Sanktionen 122
- ATLAS – Neubestimmung von Zollämtern im Jahr 2016 mit Auswirkung auf Zollverfahren 123
- ATLAS-Ausfuhr (AES) – Empfängerangabe in Ausfuhranmeldungen 124
- BAFA – Verlängerung der AGG bis 31. März 2017 124
- Embargo gegen die Zentralafrikanische Republik 125
- Umsatzsteuer – Einreihung von Fotobüchern 126
- Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea 126
- Zoll-Jahresbilanz 2015 128
- Zollmerkblatt zu Anmeldungen ab 1. Mai 2016 128

■ GesetzgebungsReport

- Europäische Union 130
- Österreich 136
- Schweiz 137

■ Veranstaltungskalender

- Veranstaltungskalender 138

- Stellenmarkt 140

Aktuelle Nachrichten

Titelthema der AW-Prax 5/2016:

■ Politikforum: Krisen und Herausforderungen

